

## Stadtrat

### Protokoll

SR-Nr: 4. Stadtratssitzung  
Datum SR-Sitzung: 22. Juni 2020  
Beginn: 18:30 Uhr  
Schluss: 21:50 Uhr  
Ort: Markthalle Burgdorf AG, Sägegasse 19, Burgdorf

---

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 24 und 25 vom 11. und 18. Juni 2020 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

---

#### Teilnehmer:

**Stadtratspräsident** Peter von Arb

**StimmzählerIn** Franziska Maurer Roschi, Werner Weber

**Mitglieder des Stadtrates** Roger Aebi, Yves Aeschbacher, Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Tabea Bossard, Franziska Cottier, Urs Geiser, Thomas Gerber, Friedrich Gfeller, Yves Greisler, Thomas Grimm, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Simon Kühni, Barbara Lüthi-Kohler, Adrian Merz, Andreas Rössler, Philipp Schärf, Andreas Stettler, Anette Vogt, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti, Ian Thompson, Manfred Schaffer, Peter Hauser, René Marti, Christian Aebersold, Sabrina Rohrbach, Jürg Grimm, Damaris Hauser, Walter Bangerter, Simon Niffenegger, Karin Fankhauser, Esther Liechi, Urs Wüthrich, Debra Marti

**Entschuldigt** Peter Biedermann

**Stadtpräsident** Stefan Berger

**Mitglieder des Gemeinderates** Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Annette Wisler Albrecht, Christoph Grimm

**Entschuldigt** -

<b>Stadtschreiber</b>	Roman Schenk
<b>Auskunftsperson</b>	Peter Hofer, Leiter Finanzdirektion
<b>Protokoll</b>	Brigitte Henzi

---

**Traktanden:**

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 11. Mai 2020	4
- Informationen des Stadtratspräsidenten	4
- Informationen aus dem Gemeinderat	5
- Reglement Spezialfinanzierung Schwankungsreserve	6
- Bahnhofstrasse Nord / Sanierung Abwasserleitungen; Kreditabrechnung	6
- Lyssachstrasse; Sanierung und Umgestaltung; Kreditabrechnung	7
- Thunstrasse; Sanierung und Umgestaltung	8
- Umgebungsgestaltung Bahnhof Steinhof; Ausführungskredit	10
- Geschäftsbericht 2019	11
- Ernennung Revisionsstelle für Jahresrechnungen 2020-2023	15
- Stellungnahmen und Abschreibungsanträge zu den noch nicht erfüllten Motionen, Postulaten und Aufträgen	16
· Motion GLP betreffend Lohnbegrenzung Stadtpräsidium	
· Postulat SVP und Mitunterzeichnende betreffend Parkplätze im Bahnhofquartier Burgdorf	
· Postulat Grüne Burgdorf betreffend TISA: Auswirkungen und Handlungsmöglichkeiten	
· Postulat Grüne Burgdorf betreffend Lohngleichheit zwischen Frau und Mann auf Gemeindeebene realisieren - Lohngleichheits-Charta unterschreiben	
· Postulat GLP-Fraktion betreffend bürgerfreundlicher e-Dienstleistungen der Verwaltung der Stadt Burgdorf und Schaffung einer digitalen Identität	
· Postulat GLP-Fraktion betreffend elektronisches Abstimmungssystem für den Stadtrat Burgdorf	
· Jugendantrag betreffend Rollsportanlage Burgdorf	
· Auftrag SP-Fraktion betreffend Spielanlagen der Stadt Burgdorf	
· Auftrag SP-Fraktion betreffend Umsetzung des Masterplans Arbeitsintegration in Burgdorf	
· Auftrag GLP-Fraktion betreffend Regelung der Zuteilung der Kommissionssitze	
· Auftrag GLP-Fraktion betreffend sichere Koexistenz von E-Bikes und Velos auf den Velowegen in Burgdorf	

- Auftrag FDP-Fraktion betreffend Abschaffung des ausseramtlichen Wahlzettels für die Stadtratswahlen
- Auftrag Grünen, EVP, Grünliberalen und SP Burgdorf betreffend Klimanotstand in der Gemeinde Burgdorf
- Auftrag FDP-Fraktion betreffend Änderung Abfall- und Gebührenverordnung (AbfallV)
  
- Auftrag EVP und Grüne betreffend überregionales Holzheizkraftwerk 18
- Auftrag Esther Liechti-Lanz und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend "Burgdorf Ticket" 20
- Überparteilicher Auftrag BDP und GLP betreffend "Stopp dem automatischen Lohnanstieg!" 21
- Auftrag SP-Fraktion betreffend Ökologisches Laubkonzept 23
- Motion FDP/GLP/SVP-Fraktion betreffend "Einführung einer Finanzkommission" 25
- Dringliche Interpellation SVP-Fraktion betreffend Corona-Krise 30
- Dringliche Interpellation FDP-Fraktion betreffend Corona-Auswirkungen in der Stadt Burgdorf 30
- Dringliche Interpellation Grünen Burgdorf betreffend Mietzinserslass für Mieter von stadteigenen Gewerberäumen 31
- Interpellation GLP-Fraktion betreffend Finanzkennzahlen im Budgetierungsprozess der Stadt Burgdorf 31
- Interpellation FDP-Fraktion betreffend Sprach- und Kulturaustausch während der Volksschulzeit (5.-9. Klasse) in Burgdorf 32
- Interpellation BDP-Fraktion betreffend gesundes und finanzierbares Wachstum 32
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes 33

### **Appell**

Der durch den Stimmenzähler Weber Werner durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 39 Mitgliedern des Stadtrates (SR.)

Der Rat ist beschlussfähig.

---

### **Traktandenliste**

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

---

SRB: 2020-340 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

### **Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 11. Mai 2020**

### **Verhandlung**

Seitens des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 38 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung das Protokoll der Stadtratssitzung vom 11. Mai 2020.

---

SRB: 2020-341 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

### **Informationen des Stadtratspräsidenten**

### **Verhandlung**

Stadtratspräsident von Arb Peter begrüsst die Anwesenden zur dritten Sitzung im Jahr 2020 und informiert über diverse organisatorische Punkte. Das Schutzkonzept ist nach wie vor aktiv. Der Abstand muss eingehalten werden. Schutzmasken können bei Bedarf beim Eingang bezogen werden. Desinfektionsmittel ist ebenfalls vorhanden. Im Mittelgang stehen die Mikrofone. Die Sprecherinnen und Sprecher werden gebeten, diese zu benützen. Die Mikrofone werden jedes Mal desinfiziert. Die Traktandenliste der heutigen Sitzung ist relativ lang und umfasst 23 Traktanden. Vorsorglich wurde als Zusatztermin der morgige Dienstag ebenfalls noch reserviert. Es ist jedoch das Ziel, alle Traktanden am heutigen Abend zu behandeln. Wenn es jedoch notwendig werden sollte, wird die Sitzung morgen weitergeführt.

Stadtratspräsident von Arb Peter begrüsst als neues Stadratsmitglied Marti Debra und wünscht ihr viel Freude im Amt. Sie ist Nachfolgerin von Burkhard Georg. Stadtrat Rössler Andreas hat seine Demission per heute eingereicht. Der Vorsitzende dankt ihm für seine geleistete Arbeit und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft, vor allem auch für seine neue Stelle als Digital Officer bei der Stadt Burgdorf. Seine Nachfolgerin ist Baumeler-Stoll Carmen. Der diesjährige Stadtratsausflug wird abgesagt. Die Besucher und Medienvertreter werden aufgrund des Schutzkonzeptes gebeten, die Präsenzliste beim Eingang auszufüllen. Stadtratspräsident von Arb Peter teilt mit, dass er am 12. Juni 2020 an der Eröffnung des Schloss Burgdorf teilgenommen hat. Es war ein schöner Anlass. Ein Dank

geht an alle Beteiligten für das gute Gelingen. Der Vorsitzende bitte die Mitglieder des SR angesichts der heutigen Traktandenliste die Voten kurz zu halten und die mögliche Sprechzeit von fünf Minuten sicher nicht zu überschreiten. Die Sitzungsdauer soll auf rund vier Stunden beschränkt werden. Wenn man die Sitzung effizient angeht, werden wir alle Traktanden heute Abend behandeln können. Falls dem nicht so ist, wird die Sitzung am morgigen Dienstag um 19.00 Uhr weitergeführt. Es ist aber auch nicht so, dass wir heute Abend stressen müssen. Die Geschäfte sollen ordentlich und gut behandelt werden. Nach zirka zwei Stunden wird es eine kurze Pause geben. Allen Anwesenden steht auf dem Tisch ein Sack mit einer Zwischenverpflegung zur Verfügung. Ein Dank dafür und für die Vorbereitung zur heutigen Sitzung geht an Henzi Brigitte.

---

SRB: 2020-342 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

### **Informationen aus dem Gemeinderat**

#### **Verhandlung**

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice hat eine erfreuliche Information. Beim Casino Theater in der Oberstadt fahren bald wieder die Baumaschinen vor. Man hat eine provisorische Bauabrechnung erstellt. Beim Umbau des Casino Theater hatte man Sparprogramme eingeplant. Das erste Sparprogramm konnte man bereits bei der normalen Bauabrechnung ausführen. Es handelt sich dabei um die elektrischen Bühnenzüge. Damit können die Kulissen elektrisch hochgezogen und heruntergelassen werden. Zudem wird der Lift bis ins erste Untergeschoss gehen. Die provisorische Bauabrechnung liegt vor und man ist immer noch unter dem Budget. Geldgeber sind vor allem die Burgergemeinde und Bürgergemeinde Burgdorf. Sie wurden bereits darüber informiert. Im Sommer während der Spielpause erfolgen die Bauarbeiten. Diese Umbauten haben den Vorteil, dass die Aufführungen individueller geplant werden können und zwei Aufführungen in einer Woche stattfinden können. Mit diesen Bauarbeiten wird das Casino Theater verbessert und man kann effizienter arbeiten sowie Kosten sparen. Gemäss Beschluss NPM informiert Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice zum ersten Mal über den Stand der Budgetierung für das Jahr 2021. Es wird im ähnlichen Rahmen wie bisher budgetiert. Die einzelnen Direktionen budgetierten auf den Nettokosten. Gemäss Beschluss des SR betragen die Lohnmassnahmen 1%. Dabei ausgenommen sind die neuen Stellen. Das hängt jedoch noch von der Kommission Gehaltsentwicklung ab, welche noch den Beschluss fassen muss. Falls es noch ändert, wird es entsprechend im Budget aufgenommen. Die Teuerungszulagen entsprechen dem Kanton. Es soll ein ausgeglichenes Budget präsentiert werden. Es ist klar, dass Corona bedingt gewisse Unsicherheiten bestehen. Deshalb kann auch noch nichts über die Steuern gesagt werden. Die Information des Kantons Bern zu den Steuern wurde vom Juni in den August verschoben. Der SR kann über die Steuern erst an der nächsten Sitzung im September informiert werden. Beim Lastenausgleich wird ein Kostenwachstum erwartet. Die Direktionen evaluieren bereits jetzt die Kosten, welche in diesem Jahr oder im nächsten Jahr anfallen. Das Budget 2021 muss man sehr agil und flexibel budgetieren. Es wird aber kein Desaster. Man rechnet mit 2 bis 3 Mio. Franken weniger Steuereinnahmen. Die Stadt Burgdorf hat umsichtig eine Steuerrückstellung von 3 Mio. Franken gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan informiert über die Absprache mit der GPK bezüglich des Auftrages betreffend Gastronomiesommer. Der Auftrag wurde bereits beantwortet, kann aber aufgrund der zu kurzen Fristen nicht bereits heute Abend behandelt werden. Die im Auftrag erwähnten drei Punkte, wie die unkomplizierte Aussenbestuhlung, werden soweit als möglich umgesetzt. Die Gastrobetriebe dürfen im öffentlichen Raum mehr Platz benützen. Die Durchführung der Mediterranen Nächte

werden im Gemeinderat (GR) an der nächsten Sitzung behandelt. Mit den erneuten Lockerungen wurde zudem die Polizeistunde aufgehoben. Die Handhabung der temporären Gastrobetriebe erfolgt gemäss dem Reglement. Der Auftrag wird an der Stadtratssitzung im September traktandiert. Die Vorinformation zum Auftrag erfolgt in Absprache mit der GPK. Stadtpräsident Berger Stefan informiert über die Eröffnung des Schloss Burgdorf. Es war ein Knaller. Das Schloss Burgdorf ist wunderbar und ein Besuch wert. Das Schloss Burgdorf kann pro Tag rund 150 Buchungen verzeichnen. Es hat viel mehr Leute in der Altstadt und die ersten Läden profitieren bereits davon. Das Schloss Burgdorf ist eine gefreute Sache und hoffentlich bleibt es auch in Zukunft so.

---

SRB: 2020-343 | Registratur-Nr. 1.10.1020.10

### **Reglement Spezialfinanzierung Schwankungsreserve**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsident von Arb Peter stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass durch den Wechsel von HRM1 zu HRM2 Neubewertungen erfolgt sind. Die Neubewertungsreserve wird nun gesetzlich aufgelöst. Der Neubewertungsgewinn beträgt 32.5 Mio. Franken. Der GR schlägt vor, den Gewinn während fünf Jahren in Tranchen zu 5.7 Mio. Franken ab 2021 bis 2025 aufzulösen. Im ersten Jahr ist vorgeschrieben, dass Sachanlagen in der Höhe von 5% und Finanzanlagen zu 10% gebildet werden. Für die Schwankungsreserve muss ein Reglement in Kraft gesetzt werden. Burgdorf hat das Standardreglement unverändert vom Kanton übernommen. Der Zweck dieser Spezialfinanzierung ist die Wertverminderung im Finanzvermögen aufzufangen. Die Inkraftsetzung ist per 1. Januar 2021 vorgesehen. Es handelt sich um eine buchhalterische Sache, aber eine wichtige Sache.

Seitens des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

#### **Abstimmung**

1. Der Stadtrat genehmigt das Reglement über die Spezialfinanzierung Schwankungsreserve.
2. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 39 Ja Stimmen die Anträge.

---

SRB: 2020-344 | Registratur-Nr. 2.23.2310.70

### **Bahnhofstrasse Nord / Sanierung Abwasserleitungen; Kreditabrechnung**

#### **Verhandlung**

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass die Stadtratsvorlage zur Frage betreffend Minderkosten geführt hat. Dafür entschuldigt sich Gemeinderat Rappa Francesco gegenüber der GPK und dem SR. Es ist nicht aufgefallen, weil die Minderausgaben positiv gestimmt haben. Die Kreditabrechnung weist Minderausgaben von Fr. 85'000.-- aus. Das ist per se schon mal sehr gut. Die effektive Differenz ist nicht so gross wie man im ersten Augenblick das Gefühl haben könnte. Wieso? Der Kredit wurde in der Höhe von Fr. 737'000.-- inklusive Mehrwertsteuer beim SR eingeholt. Abgerechnet wurde nun in der Höhe von Fr. 652'000.-- exklusive Mehrwertsteuer. Das heisst also die Minderkosten respektive die Differenz beträgt Fr. 35'000.-- inklusive Mehrwertsteuern. Die Gründe für die Einsparungen sind in den Unterlagen erläutert. Bei den Baumeisterarbeiten hatten wir fast eine Punktlandung. Die Verwaltung soll sicherstellen, dass man die Abrechnungen künftig noch klarer formuliert und der Mehrwertsteuer Rechnung tragen wird. Der GR hat die Kreditabrechnung einstimmig gutgeheissen und bittet den SR ihm zu folgen.

Seitens des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

#### **Abstimmung**

Der Stadtrat genehmigte die Kreditabrechnung für die Bahnhofstrasse Nord; Sanierung der Abwasserleitungen, mit Ausgaben von CHF 651'987.90 und Minderausgaben von CHF 85'012.10.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 39 Ja Stimmen die Kreditabrechnung.

---

SRB: 2020-345 | Registratur-Nr. 2.23.2310.70

#### **Lyssachstrasse; Sanierung und Umgestaltung; Kreditabrechnung**

#### **Verhandlung**

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass die Kreditabrechnung grosse Minderausgaben ausweist. So gross und deutlich, dass berechtigterweise in der GPK dahingehend Fragen gestellt wurden. Auf die zwei konkreten Fragen der GPK möchte Gemeinderat Rappa Francesco eingehen. Es ist sehr wichtig, dass der SR weiss, wie das in so einem Fall angepackt wird. Es wurde gefragt, auf welcher Grundlage die Kreditbewilligungen berechnet werden und ob Erfahrungswerte oder Richtofferten herangezogen werden. Wichtig zu wissen ist, dass es spezialisierte Ingenieurbüros gibt mit jahrelanger Erfahrung und man so von einem grossen Know-how profitieren kann. Die Baudirektion kann das nicht selber machen. Da fehlen schlichtweg die Kompetenzen und Expertise. Solche Spezialisten gibt es aber logischerweise nicht wie Sand am Meer. Die Baudirektion beauftragt alternierend solche Ingenieurbüros. Diese erstellen dann die Richtwerte basierend auf ihren jahrelangen Erfahrungen. Das passiert natürlich vor der eigentlichen Ausschreibung. Der Kostenvoranschlag der Baudirektion ist die Grundlage für den Kreditantrag des GR an den SR. Und dieser Kostenvoranschlag basiert auf den Richtwerten der spezialisierten Ingenieurbüros. Deshalb kann es passieren, dass sich die Preise anders gestalten als angenommen. Der Markt spielt in diesem Bereich extrem. Die Volatilität der Preise bei den Rohstoffen ist enorm. Das kann täglich ändern. Zusammenfassend kann auch gesagt werden, dass die spezialisierten Ingenieurbüros sehr defensive Richtwerte für den Kostenvoranschlag berechnen. Das heisst also lieber zu hoch als zu tief. Wäre dies umgekehrt, würde der SR, welcher im Auftrag des

Souveräns handelt, nicht erfreut sein, wenn die Abrechnungen immer negativ ausfallen würden. Der GR hat die Kreditabrechnung einstimmig gutgeheissen und bittet den SR ihm zu folgen.

Seitens des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

### **Abstimmung**

Der Stadtrat genehmigte die Kreditabrechnung für die Ausführung der Sanierung und Umgestaltung der Lyssachstrasse, mit Ausgaben von CHF 568'167.10 und Minderausgaben von CHF 197'832.90.

### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 39 Ja Stimmen die Kreditabrechnung.

---

SRB: 2020-346 | Registratur-Nr. 2.24.0

### **Thunstrasse; Sanierung und Umgestaltung**

### **Verhandlung**

Stadratspräsident von Arb Peter stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass der Ursprung dieses Kreditgeschäftes rund 10 Jahre zurück geht, das heisst in die vorletzte Legislatur. Verschiedene Projekte und Massnahmen von unterschiedlichen Playern innerhalb der Stadt Burgdorf, aber auch andere Gründe haben zu dieser Ersatzinvestition geführt, welche nun dem SR vorliegt. Alles fügt sich nun zusammen. Die Sanierung und Umgestaltung Thunstrasse ist de facto der Abschluss von jahrelanger Arbeit zugunsten eines Quartiers mit über 1'000 Einwohnern mit vielen Familien. Mit einer zeitlich befristeten Betrachtungsweise ist es logisch, dass man sehr kritisch auf die Kosten schaut. Aber eben, es gibt auch Gründe dafür. Was man aber mit aller Deutlichkeit sagen kann, es ist kein Prestigeobjekt. Die damalige Projektleiterin Mobilität, Energie und Umwelt der Baudirektion Burgdorf hat die Thematik dieses Quartiers bearbeitet. Das bedeutet und ist wichtig zu wissen, dass das Projekt ursprünglich aus der Stadtentwicklung kommt. Einzelne im SR können sich eventuell daran erinnern. Der damalige GR hatte die hinterste Parzelle, mit der Bezeichnung Zone für experimentelles Wohnen, verkauft. Diese Definition ist dann auch in die Überbauungsordnung eingeflossen. Die GVB hat diese übernommen. Losinger Marazzi hat sie gebaut und die Mutter der Stadtentwicklung durfte dann Generationenwohnen entwickeln. 94 Wohnungen sind schlussendlich entstanden. Eine andere städtische Playerin, die Localnet AG, will, und dies nicht erst seit Klimaforce, den Wärmeverbund Süd erweitern. Das heisst auch die Thunstrasse soll mit nachhaltig produzierter Energie versorgt werden. Das Ressort Tiefbau im Allgemeinen und der Bereich Strassen und Leitungen im Speziellen, welche den Unterhalt sicherstellen müssen, sind im Projekt involviert. Die Situation bei der Thunstrasse ist äusserst prekär. Diese befindet sich nämlich in einem absolut desolaten Zustand. Es besteht grosser Handlungsbedarf betreffend Werkleitungen, Beleuchtung und Abwasser. In Zusammenhang mit dem erwähnten Wärmeverbund kommt der Thunstrasse eben auch eine zentrale Bedeutung zu. Sie erschliesst eine riesige Anzahl von Liegenschaften. Der SR konnte es in den Unterlagen lesen. Bei der Thunstrasse handelt es sich um eine Quartierstrasse mit hoher Bedeutung. Es ist nicht einfach nur eine Sackgasse. Entsprechend soll nun das Projekt nachhaltig und mit adäquaten und zeitgemässen



Massnahmen umgesetzt werden. Aufgrund der Strassenbreite von 13 Metern kann die Trennung von Auto, Velo und Fussgänger als absolut sinnvoll beurteilt werden. Unter anderem auch, weil es sich um eine wichtige Schulwegverbindung handelt. Mit den Versickerungselementen kann einerseits diese Trennung sinnvoll gestaltet werden und andererseits wird das komplette Regenwasser der Strasse versickern. Mit dieser Massnahme kann auf den Ausbau der Kanalisation verzichtet werden. Man verhindert damit ein allfälliger Rückstau der angrenzenden Liegenschaften. Etwas mehr Kosten als bei einem üblichen Strassenprojekt verursachen die Anpassungen an den privaten Grundstücken. Diese werden jetzt endlich rechtlich bereinigt. Jahrzehnte lang war dieser Zustand nicht geregelt. Auch diese zwingenden Anpassungen führen zu höheren Kosten bei den Gärtnerarbeiten. Das ist so. Das schleckt keine Geiss weg. Aber es hat in den letzten zwei Dekaden keine Strassensanierung mit so viel Grünfläche gegeben. Auch darum kann dieses Projekt nicht einfach mit anderen Strassenprojekten eins zu eins verglichen werden. Wenn wir nur die effektiven Strassenbaukosten, also ohne Gärtner und ohne Versickerungsbecken anschauen, sind die Kosten im üblichen Rahmen. Aber wie erwähnt ohne die Versickerungsbecken müssten wir die Kanalisation ausbauen. Mit den Baumpflanzungen lösen wir, neben der allgemeinen Strassenraumgestaltung, das Problem im Zusammenhang mit der Überhitzung von Strassenräumen. Die Bäume kühlen auf natürliche Weise den Raum. Bei der Thunstrasse handelt es sich um eine 30-Zone. Der Kanton verlangt, dass nebst der Signalisation auch noch bauliche Massnahmen zur automatischen Temporeduktion realisiert werden. Diesen Umstand der automatischen Temporeduktion setzen wir auch mit neuen, heute noch nicht vorhandenen öffentlichen Parkplätzen im Strassenraum um. Diese werden natürlich Gebührenpflichtig sein. Bei der Thunstrasse schliessen wir ein Gesamtprojekt ab, welches als Ersatzinvestition bezeichnet werden kann. Viele Player haben in den letzten 10 Jahren daran gearbeitet. Der GR ist einstimmig von diesem Projekt überzeugt und dankt dem SR für die Zustimmung und Annahme der Anträge.

Stadträtin Fankhauser Karin, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass es sich bei der Thunstrasse um eine Zufahrtsstrasse zu einem Quartier handelt. Es ist keine Durchgangsstrasse. Aussergewöhnlich an dieser Erschliessungsstrasse ist die Breite von 13 Metern. Dieser Umstand verführt natürlich dazu, eine gestalterische Paradedstrasse zu bauen. Es ist aber eine Tatsache, dass die Strassen in Bezug zur Oberfläche, Unterbau und Entwässerung in einem schlechten Zustand ist. Ein neuer Belag und eine neue Versickerungsanlage sind notwendig und ökologisch sowie auf Dauer auch wirtschaftlich sehr sinnvoll, weil dadurch auch das Abwasser vermindert werden kann. Der eigentliche Kostentreiber ist aber die komplette Umgestaltung der Strasse. Das erklärt auch die hohe Summe an Gärtnerarbeiten. Die Strasse ist bereits heute als Tempo-30-Zone deklariert. Der Umstand, dass die Strasse so breit ist, sorgt bei Fussgänger, Schüler, Velofahrer und Autofahrer für ein gefahrenloses Miteinander. Mit einer farblichen Gestaltung kann der Fussgängerbereich praktisch ohne Kosten markiert und auch abgegrenzt werden. Die Fahrbahnverengung für eine unnötige Geschwindigkeitssenkung auf eine natürliche Weise, wie es im Moment beim Migros der Falls ist, wo es wieder ein Trottoir braucht sowie eine gärtnerische Umgestaltung und Anpassung an den Privatparzellen, sind die wahren Kostentreiber. Die Thunstrasse hat keine Zentrumsfunktion und muss nicht repräsentieren. Die Thunstrasse wird nur von einer Minderheit benützt. Die FDP-Fraktion ist deshalb der Meinung, dass ein solcher teurer Eingriff nicht notwendig und auch nicht gerechtfertigt ist. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass die Thunstrasse mit einer light Version auch sehr hübsch daher kommen kann, vor allem in Anbetracht der angespannten Finanzsituation von Burgdorf. Deshalb wird die FDP-Fraktion die Sanierung ablehnen.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt mit, dass die Thunstrasse tatsächlich eine Quartierstrasse ist. Die EVP anerkennt die Sanierung als absolut notwendig. Die Kosten für die baulichen Einschnitte zur Geschwindigkeitssenkung auf natürliche Weise mit der Fahrbahnverengung sind vom finanziellen Aspekt zu hoch. Das Strassenprojekt Brunnmattstrasse und Einschlagweg wurden durch das gleiche Büro WAM Ingenieure Solothurn realisiert. Es ist aufgefallen, dass bei der

Thunstrasse zur Abgrenzung der Strasse und den Privatgärten wieder die Betonmauern vorgesehen sind. Das ist störend. Betonmauern sind unökologisch und speichern Wärme. Aus diesen Gründen wird sich die EVP zu diesem Geschäft enthalten.

Stadtrat Schaffer Manfred, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man das Projekt vertieft studiert hat und geschaut hat, was gut und was schlecht ist. Fakt ist, dass die Erneuerungsarbeiten an der Thunstrasse anstehen. Es macht auch Sinn, dass diese Arbeiten mit der Neugestaltung der Thunstrasse kombiniert werden. Eine saubere Trennung des Fussgängerbereiches zur Strasse mit der geplanten Anpflanzungen macht Sinn. Dies insbesondere auch, da die Strasse oft von Kindern für den Schulweg benutzt wird. Man muss auch berücksichtigen, dass die Neugestaltung mit Weitblick gemacht wird. Durch die Neugestaltung entsteht ein Grünbereich, wo vorher der Teerbelag dominiert hat. Das sind eine Erhöhung der Lebensqualität für die Anwohnerinnen und Anwohner der Thunstrasse sowie ein kleiner Schritt in Richtung Klimaschutz. Stichwort an dieser Stelle ist die Klimaforce. Die SP-Fraktion empfiehlt das Geschäft in vorliegender Form anzunehmen.

#### **Abstimmung**

1. Das Projekt „Thunstrasse; Sanierung und Umgestaltung“ mit Gesamtausgaben von CHF 1'248'000.00 wird genehmigt.
2. Für die Ausführung wird ein Kredit in der Höhe von CHF 1'248'000.00 (Sachgruppen-Nr. 5010.01 Strassen/Verkehrswege, Kostenstellen-Nr. 2400.5010.10 Sanierung und Umgestaltung Thunstrasse) genehmigt.
3. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 27 Ja und 9 Nein Stimmen bei 3 Enthaltungen die Anträge.

---

SRB: 2020-347 | Registratur-Nr. 2.24.0

#### **Umgebungsgestaltung Bahnhof Steinhof; Ausführungskredit**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsident von Arb Peter stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass man aufgrund der Feedbacks davon ausgeht, dass der Ausführungskredit mehrheitlich unbestritten ist. Die Bauarbeiten der BLS AG sind im Herbst 2019 gestartet. Zur Umgestaltung des Bahnhofs Steinhof ergeben sich diverse Massnahmen wie die Neugestaltung des Bahnhofplatzes am Ludwig-Schläfli-Weg und der Vorplatz der bz emme. Im weiteren der Neubau von 135 gedeckten Veloabstellplätze, der Neubau der öffentlichen Beleuchtung, die Sanierung des Bahnübergangs, die Strassensanierung der Zähringerstrasse, die Erweiterung des Wärmeverbundes durch die Localnet AG sowie die Baumpflanzung und die Sitzgelegenheiten. Die Bauzeit beträgt rund sieben Monate. Die Koordination mit der BLS AG ist sehr eng. Die Kosten belaufen sich für die Stadt Burgdorf auf netto rund 1.2 Mio. Franken. Im Vorfeld gab es zu diesem Geschäft noch zwei Fragen. Bei der ersten Frage ging es um die Anzahl Parkplätze vorher und nachher. Gemeinderat

Rappa Francesco kann bestätigen, dass die Gesamtbilanz ausgeglichen ausfallen wird. Bei den Veloparkplätzen legen wir aber deutlich zu. Die Nachfrage ist entsprechend viel höher. Bei der zweiten Frage ging es um den Landschaftsarchitekten respektive dem Gartenbauplaner und der Frage, ob es in Burgdorf keinen solchen Betrieb gibt. Leider nein, sonst würden wir diesen bei den Ausschreibungen einladen. Der GR hat einstimmig den Ausführungskredit gutgeheissen und bittet den SR, die Anträge anzunehmen.

Stadträtin Vogt Anette, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die Bauarbeiten beim Bahnhof Steinhof extrem komplex sind. Dies vor allem wegen den verschiedenen Playern, die mitreden. In Anbetracht der zeitlichen Abläufe, die extrem genau erfolgen müssen, ist die SP-Fraktion vom Resultat begeistert. Ein Dank geht an alle Beteiligten. Die SP-Fraktion gibt grünes Licht für das Projekt. Die BLS AG baut sowieso, deshalb würde es keinen Sinn machen die Gelder nicht zu sprechen.

### **Abstimmung**

1. Das Projekt „Umgebungsgestaltung Bahnhof Steinhof“ mit Gesamtausgaben von brutto CHF 1'670'000.00 und erwarteten Nettoausgaben von CHF 1'226'000.00 wird genehmigt.
2. Für die Ausführung wird ein Kredit in der Höhe von brutto CHF 1'670'000.00 (Sachgruppen-Nr. 5010.01 Strassen/Verkehrswege, Kostenstellen-Nr. 2400.5010.13 Umgebungsgestaltung Bahnhof Steinhof CHF 176'000.00 + Kostenstellen-Nr. 3210.5010.06 Umgebungsgestaltung Bahnhof Steinhof CHF 1'050'000.00) genehmigt.
3. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 39 Ja Stimmen die Anträge.

---

SRB: 2020-348 | Registratur-Nr. 1.10.1000.90

### **Geschäftsbericht 2019**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsident von Arb Peter stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass die GPK bereits am 7. Mai 2020 im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung mit dem GR den Geschäftsbericht behandelt hat. Als Auskunftspersonen standen Stadtpräsident Berger Stefan, Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice und seitens der Verwaltung Stadtschreiber Schenk Roman und Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, zur Verfügung. Wie gewohnt wurden die kritischen Fragen der GPK kompetent beantwortet. Um die Sitzungseffizienz zu erhöhen, wurden Fragen zu den einzelnen Abteilungen im Vorfeld der Sitzung individuell geklärt. Das frühzeitige Ansetzen der Sitzung hat Früchte getragen. Die GPK geht davon aus, dass man in den Fraktionen nicht mehr viel Korrekturpotenzial gefunden hat. Dem GR, der Verwaltung und der GPK sei Dank. Erneut wurde ein externes Lektorat eingesetzt, was die sprachliche Qualität des Berichtes sicher nochmal verbessert hat und jetzt auf einem sehr hohen Niveau ist. Der Geschäftsbericht 2019 wurde korrekt nach HRM2 erstellt. Struktur und Aufbau des Geschäftsberichtes sind bekannt. Die Übersichtlichkeit, der Informationsgehalt und die Darstellung sind sehr gut. Der Geschäftsbericht bietet der Leserschaft mit erträglichem Zeitaufwand interessante Informationen zu unserer Stadt über

das vergangene Jahr. Insbesondere der Kompass wird von der GPK erneut als wertvolles Instrument betrachtet. Die GPK dankt allen Beteiligten für die geleistete Arbeit. An dieser Stelle folgen normalerweise die Ausführungen betreffend Ergebnisprüfung. Diese fand am 14. Mai 2020 statt. Das Sitzungsintervall liess es allerdings nicht zu, dass die verifizierten Ergebnisse bereits heute vorliegen. Deshalb wird die Ergebnisprüfung an der nächsten Stadtratssitzung als gesonderter Punkt traktandiert. Trotzdem kann aber die GPK guten Gewissens bestätigen, dass der Geschäftsbericht aussagekräftig und richtig ist. Die GPK verzichtet darauf, die Jahresrechnung im Detail zu erläutern. Die zuständige Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice wird diese Aufgabe sicherlich übernehmen. Grundsätzlich präsentiert sich die Jahresrechnung erneut ordentlich. Sie schliesst in der Erfolgsrechnung mit einem Überschuss von gut 0.1 Mio. Franken ab, leicht besser als budgetiert und etwas schlechter als im Jahr zuvor. Zusätzlich konnten zirka 6.1 Mio. Franken in die zwei Spezialfinanzierungen Unterhalt Liegenschaften und Schulanlagen, Verwaltungsgebäude verbucht werden. Auch das rein operative Ergebnis von plus zirka 4.2 Mio. Franken ist positiv, ebenfalls das betriebliche Ergebnis, welches mehr oder weniger neutral ausgefallen ist. Die getätigten Nettoinvestitionen waren mit zirka 3.3 Mio. Franken äusserst bescheiden. Gegenüber dem Budget wurde nicht einmal ein Drittel investiert und gegenüber dem Vorjahr weniger als die Hälfte. Somit ist der sehr hohe Selbstfinanzierungsgrad von 234% nicht positiv zu bewerten, sondern lediglich eine logische Folge. Ebenfalls zu beachten gilt es, dass zwar die langfristigen Finanzverbindlichkeiten wohl um 2.5 Mio. Franken abgenommen haben, das Fremdkapital aber insgesamt um über 8.5 Mio. Franken zugenommen hat, während dem das Eigenkapital eine Zunahme von zirka 5 Mio. Franken verzeichnet. Zusammengefasst kann wohl gesagt werden, dass sich die finanzielle Lage der Stadt Burgdorf einigermaßen ordentlich präsentiert, es aber insbesondere aufgrund der anstehenden Investitionsausgaben wahrlich keinen Grund zur Euphorie gibt. Dazu kommt, dass nach HRM2 sämtliche aktivierten Positionen abgeschrieben werden müssen, was künftige Erfolgsrechnungen weiter belasten wird. Auch die Zuverlässigkeit, respektive eben die fehlende Zuverlässigkeit betreffend kantonalen Abgaben und kantonalem Lastenausgleich, erschwert die seriöse Finanzplanung auf Stufe Gemeinde. In diesem Jahr ist eine seriöse Prognose aufgrund der Auswirkungen von Covid 19 wohl ein Ding der beinahe Unmöglichkeit. Stadtrat Gerber Thomas möchte jedenfalls nichts prognostizieren müssen. Die GPK dank nochmals allen am Erstellen des Geschäftsberichtes beteiligten Personen und empfiehlt dem SR einstimmig, die Beschlussanträge des GR und somit den Geschäftsbericht 2019 zu genehmigen.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice dankt der GPK für ihre Arbeit. Es ist immer eine interessante und konstruktive Auseinandersetzung. Der Geschäftsbericht wird in drei Teile unterteilt und zwar in den allgemeinen Teil inklusive Legislaturplanung, den HRM-Teil sowie den NPM-Teil. Wie bereits vom Sprecher der GPK erwähnt, konnte die Stadt Burgdorf ein gutes Jahr mit einem Gewinn abschliessen. Es wird verzichtet Zahlen zu erwähnen, da sie in der Vorlage ersichtlich sind. Der Gewinn will man aufteilen in die Schulanlagen und Verwaltungsgebäude. Diese Rückstellungen erfolgen um später Abschreibungen tätigen zu können. Erfolg wirksam und erfreulich sind die Abweichungen beim Steuerertrag. Dieser beträgt plus 2.7 Mio. Franken. Dabei handelt es sich um die Gewinnsteuern bei juristischen Personen und Grundstückgewinnsteuern. Bei den kantonalen Steuerteilungen weiss man nie genau, wann der Kanton das Geld überweist. Das Eigenkapital hat um 4.9 Mio. Franken zugenommen. Die Schulden konnte um 2.5 Mio. Franken abgebaut werden. Es wurde sehr wenig investiert. Der Bushof konnte leider immer noch nicht ausgelöst werden. Dabei handelt es sich um 6 Mio. Franken. Die verschiedenen Nachkredite sind ebenfalls ersichtlich. Ebenfalls die städtischen Beteiligungen sind im Geschäftsbericht aufgeführt. Ebenfalls die Finanzverbindlichkeiten und Fälligkeiten sind ersichtlich. Diese sind in Tranchen gegliedert, damit eine Regelmässigkeit herrscht und so zum Beispiel Schulden abgebaut oder auch neu Abschlüsse getätigt werden können. Damit ist eine stabile Situation gewährleistet. Erfreulich ist, dass der Lastenausgleich in diesem Jahr fast ausgeglichen ist. Der Lastenausgleich war in den letzten Jahren immer eine unsichere Sache seitens des Kantons.

Die Zahlen werden immer sehr spät geliefert. Dabei hat man ein Level erreicht, wo man sagen kann, dass es nicht mehr weiter ansteigt wie auch schon. Es hätte für die Gemeinde eine Entlastung gegeben, aber erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Der SR wird gebeten, den Anträgen zuzustimmen.

Stadtratspräsident von Arb Peter informiert über das weitere Vorgehen. Zuerst erfolgt die allgemeine Diskussion und im Anschluss die Detailberatung.

Stadtrat Aebi Roger, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass man sich intensiv mit dem Geschäftsbericht 2019 auseinandergesetzt hat. Für das gute Resultat dankt die BDP-Fraktion dem GR und der Verwaltung. Der Kompass ist ebenfalls sehr hilfreich gewesen. Das Ergebnis ist deutlich besser ausgefallen als erwartet. Neben den hohen Einlagen in die beiden Spezialfinanzierungen Schulanlagen und Verwaltungsgebäude sowie Unterhalt von Liegenschaften von 6.2 Mio. Franken konnten auch die Schulden reduziert werden. Allerdings ist das operative Ergebnis im allgemeinen Haushalt weiterhin negativ. Auffallend ist der stetig steigende Aufwand gegenüber der Rechnung 2018 und dem Budget 2019. Das gute Resultat 2019 dürfte allerdings leider eine Ausnahme bleiben. In Anbetracht der aktuellen Lage müssen die Finanzen noch vorsichtiger geplant und die Kosten im Auge behalten werden. Der Coronavirus dürfte sich in den nächsten Jahren ungünstig auf den Finanzhaushalt der Stadt Burgdorf auswirken. Zudem werden die Investitionen nicht auf diesem tiefen Niveau bleiben. Auch wenn für die Schulden ein entsprechender Gegenwert vorhanden ist und teils sogar Negativzinsen bezahlt werden, sollte der GR darauf achten, dass die Schulden nicht weiter ansteigen. Aus Sicht der BDP-Fraktion könnte der GR mit einer langfristigen Finanzplanung die Entwicklung der Investitionen und den Schulden noch besser steuern. Zudem sollte in den kommenden Jahren ein positives operatives Ergebnis und ein Selbstfinanzierungsgrad von über 100% erreicht werden. Die BDP-Fraktion wird den Anträgen des GR einstimmig zustimmen.

Stadtrat Stettler Andreas, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass es immer schön ist, wenn man über einen guten Jahresabschluss befinden kann. Wenn man über 6 Mio. Franken in die Reserve einlegen kann, was nicht geplant war, ist es ein super Abschluss. Es wird sicher noch viele Dankesworte geben heute Abend. Ein Dank geht an alle in der Verwaltung, die dafür gesorgt haben, dass man sparsam war und weniger Geld ausgegeben hat sowie versucht habe unter dem Budget abzuschliessen. Man hat heute gehört, dass es ein Fall gab, wo noch Budget vorhanden war und man deshalb erneut eine Baustelle eingerichtet hat. Genau das will man in Zukunft nicht. Wenn ein Auftrag günstiger abschliesst, soll es auch gemacht werden. Ein weiterer Dank geht an die juristischen Personen, die mehr Steuersubstrat bezahlt haben. Der GR und vor allem Stadtpräsident Berger Stefan werden gebeten, ausfindig zu machen um wem es sich handelt, damit man sich entsprechend bedanken kann. Man soll ihnen danken, dass sie Burgdorf treu bleiben und hier Steuern zahlen. Zudem soll ihnen versprochen werden, dass es keine Steuererhöhung geben wird und immer ein ausgeglichenes Budget vorgelegt wird. Die bestehenden Firmen sollen hier bleiben und es soll versucht werden, neue Firmen in Burgdorf anzusiedeln. Die Coronakrise hat gezeigt, wie wichtig die ganze Wirtschaftswelt ist und wie gross der Schaden sein kann, wenn nicht alles so funktioniert wie normal. Innert kürzester Zeit kann ein grosses Loch in der Kasse entstehen. Mit gewissem Befremden musste im Geschäftsbericht festgestellt werden, dass die wichtigen finanziellen Ziele erst im Kapitel 16 von 17 aufgeführt werden. Am Ende wird aufgeführt, dass die Nettoschuld nicht ansteigen soll. Wenn man jedoch sieht, wie sich die Schulden entwickelt haben zwischen 31. Dezember 2016 und 31. Dezember 2019, ist man nicht mehr weit weg vom Legislaturziel von Fr. 1'362.--. Mit der Coronakrise wird dieses Ziel ziemlich sicher nicht erreicht. Es wird in diesem Jahr vermutlich ein grosses Loch geben. Der GR und der SR werden deshalb gebeten, bei zukünftigen Ausgaben noch mehr auf diese zu achten und versuchen noch mehr zu sparen. Burgdorf hat ein Wahljahr und da macht man immer gerne Geschenke. Man soll jedoch die

nötige Disziplin an den Tag legen und nicht unnötig Geld ausgeben. Die FDP-Fraktion wird den Anträgen trotzdem zustimmen.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-Fraktion, bedankt sich für die gute und sehr informative Abfassung bei allen Mitarbeitenden, die am Geschäftsbericht 2019 mitgearbeitet haben. Aus dem Geschäftsbericht kann man wie immer erfreuliches und auch weniger erfreuliches entnehmen. Erfreulich sind der ausserordentlich hohe Steuerertrag der juristischen Personen und der hohe Selbstfinanzierungsgrad. Wobei dieser nur so ist, weil nicht alle Investitionen getätigt wurden. Gegenüber dem Budget sind nur gerade die Hälfte der geplanten Investitionen umgesetzt worden. Trotz dieser positiven Fakten ist das Fremdkapital leider gestiegen. Erfreulich ist auch das besondere Engagement in der Baudirektion. An dieser Stelle ein Dank an Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion. Mit ihm ist frischer Wind in die Baudirektion gezogen. Nebst vielen Veränderungen, die es durch ihn in der Baudirektion gegeben hat, ist besonders erfreulich, dass er die Baudirektion so ausrichtet, dass sie als Dienstleistungsunternehmer der Stadt Burgdorf fit wird. Das ist ein klares Statement einer Direktion. Für die Umsetzung zur Erreichung der Ziele ein herzlicher Dank an ihn und seinen Mitarbeitenden. Die SVP-Fraktion wird den Anträgen des GR geschlossen zustimmen.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP, dankt dem GR und der Verwaltung für den Geschäftsbericht und den Kompass. Der Geschäftsbericht liest sich leicht und hat die EVP mehrfach begeistert, was in der Stadt Burgdorf im Jahr 2019 alles bewegt wurde. Beeindruckend ist auch der Stand der Umsetzung des Legislaturplans. Es läuft sehr viel in Burgdorf. Die EVP dankt für die Energie, die jeder Einzelne immer wieder in die Stadt Burgdorf investiert. Die EVP stimmt dem Geschäftsbericht gerne zu.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man den Geschäftsbericht intensiv besprochen hat. Die SP-Fraktion dankt dem GR und der Verwaltung für einen wiederum umfangreichen Geschäftsbericht für das Jahr 2019. Der Kompass überzeugt und ist ein hilfreiches Mittel. Mit grosser Freude konnte man feststellen, dass kein strukturelles Defizit vorliegt. Auf Stufe operatives Ergebnis im Gesamthaushalt zeigt sich ein Ertragsüberschuss von 4.2 Mio. Franken. Dafür verantwortlich sind hauptsächlich ausserordentlich hohe Steuererträge bei den juristischen Personen, die Gewinnsteuern sowie die über dem Budget liegenden Grundstückgewinnsteuern, hauptsächlich erzielt durch die Veräusserung der Liegenschaften aus der PRE. An dieser Stelle sei erlaubt zu erwähnen, dass es schade ist, konnte die Stadt Burgdorf nicht mitbieten. In die Spezialfinanzierung konnte ein Betrag von rund 6 Mio. Franken abgeführt werden. In der Spezialfinanzierung Schulraumplanung befindet sich somit bereits ein zweistelliger Millionenbetrag. Umso erstaunter ist man, dass in hauptsächlich bürgerlichen Vorstössen immer und immer wieder von der wahnsinnig schlechten Finanzlage und Schuldenbremse gesprochen wird. Die Finanzlage der Stadt Burgdorf ist gut. In den letzten drei Jahren konnte ein Ertragsüberschuss von rund 11 Mio. Franken erzielt werden. Lassen wir uns aber nicht trügen und zu sehr verwöhnen. Die Corona-Krise wird die Stadtkasse belasten, auch wechseln wir die städtische PK nicht jährlich. Auch präsentiert sich die Rechnung so gut, weil nicht investiert werden konnte. Grosse Brocken wie zum Beispiel der neue Bushof konnten nicht ausgelöst werden. Die SP-Fraktion möchte festhalten, dass genau jetzt investiert werden muss. Wir haben die Mittel, wir haben Bedarf und jetzt ist das Gewerbe darauf angewiesen. Die SP-Fraktion dankt dem GR und der Verwaltung und wird dem Geschäftsbericht 2019 geschlossen zustimmen.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass der Abschluss und der Geschäftsbericht eine rundum erfreute Sache ist und verdient unsere Anerkennung. Die GLP-Fraktion dankt der Verwaltung, allen Beteiligten und der GPK für ihre Arbeit. Die GLP-Fraktion wird den Anträgen des GR zustimmen. An dieser Stelle wird noch erwähnt, dass die neue Möglichkeit bei der

Stadtratsvorbereitung auf der Online Sitzungsverwaltung, Fragen zu stellen und auch direkt Antwort zu erhalten, sehr geschätzt wird. Es wäre kein Fehler, wenn die Antworten auch öffentlich gemacht werden, damit alle diese auch lesen können. Das würde die Diskussionskultur in Zukunft zusätzlich fördern.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass bereits alles gesagt wurde und man sich deshalb kurz fassen kann. Die Grünen-Fraktion hat den Geschäftsbericht ausführlich gelesen und diskutiert. Man ist sehr zufrieden damit. Die Qualität ist auf einem hohen Niveau. Man kommt schnell draus und man kann sich nach Bedarf tiefer damit beschäftigen. Man hat keine Sachen gefunden, die man heute unbedingt erläutern muss, da auch schon viel gesagt wurde. Die Grünen-Fraktion wird den Anträgen des GR zustimmen.

In der **D e t a i l b e r a t u n g** werden keine Bemerkungen gemacht.

### **Abstimmung**

1. Von den in der Kompetenz des Gemeinderates bewilligten Nachkrediten in den Produktgruppen 10, 11, 13, 22, 35, 37, 51, 60 und 62 wird Kenntnis genommen.
2. Die Überschreitungen der Voranschlagskredite in der Jahresrechnung in den Produktgruppen 20 und 24 werden genehmigt.
3. Der Geschäftsbericht der Einwohnergemeinde Burgdorf mit Jahresrechnung 2019, die mit einem Ertragsüberschuss von CHF 128'184.11 abschliesst, wird genehmigt.
4. Die Einlage in die Vorfinanzierung Spezialfinanzierung Unterhaltsfonds Liegenschaften Finanzvermögen von CHF 1'090'517.00 wird bewilligt.
5. Die Einlage in die Vorfinanzierung Spezialfinanzierung Schulanlagen und Verwaltungsgebäude von CHF 5'106'421.89 wird bewilligt.

### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 39 Ja Stimmen die Anträge.

---

SRB: 2020-349 | Registratur-Nr. 7.70.7000.20

### **Ernennung Revisionsstelle für Jahresrechnungen 2020-2023**

### **Verhandlung**

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass mit der Teilrevision der GO die Revisionsstelle neu für vier Jahre gewählt wird und nicht wie bisher für zwei Jahre. In der Stadtratsvorlage ist die Ausschreibung erwähnt worden. Es sind vier Büros angefragt worden. Es gibt nicht sehr viele Büros, die auf Verwaltungsrevision spezialisiert sind. Offerten sind von der BDO und ROD eingereicht worden. Der GR empfiehlt dem SR, die BDO für weitere vier Jahren zu wählen. In der Stadtratsvorlage ist ersichtlich, wie lange die BDO bereits die Revision in Burgdorf vornimmt. In den Unterlagen ist ebenfalls eine Liste aufgeführt, die aufzeigt, wie es in anderen Gemeinden betreffend Dauer der Revisionsstelle aussieht.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man sich bereits früher bei der Revisionsstelle für eine längere Wahl ausgesprochen hat. Man stellt nun erfreut fest, dass man zum ersten Mal ein Mandat für vier Jahre vergeben wird. Das macht auch Sinn. Man hat sich den Wunschkandidat bereits selber in den Korb gelegt. Dies ist bei diesem Geschäft aber auch nicht störend. Umso mehr da es sich um eine Burgdorfer Firma handelt. Trotzdem wird bei dieser Gelegenheit auf eine allgemeine Problematik aufmerksam gemacht. Bei einem Ausschreibungsverfahren kann man eigene Kriterien ausarbeiten, die einen wirklichen Wettbewerb verhindern. Das heisst, man fordert sehr eingehende und vor allem unnötige Kriterien, die nur von einer kleinen Minderheit erfüllt werden können. Das letzte Beispiel ist die Anschaffung des Elektro-Kehrtrucks. Man stellt es aber jedoch auch bei Bauausschreibungen, bei Ausschreibungen von Totalunternehmen und Planungsausschreibungen fest. Was bei der Wahl der Revisionsstelle als unproblematisch angeschaut wird, gewichtet jedoch bei grösseren Geschäften viel schwerwiegender. Es gilt zukünftig genau abzuwägen, welcher Anforderungskatalog in welcher Verhältnismässigkeit von Fall zu Fall aufgestellt wird. Die Annahme des vorliegenden Antrages ist unbestritten.

#### **Abstimmung**

1. Die BDO AG wird als Revisionsstelle der Stadt Burgdorf ernannt.
2. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 39 Ja Stimmen die Anträge.

---

SRB: 2020-350 | Registratur-Nr. 1.10.1000.70

### **Stellungnahmen und Abschreibungsanträge zu den noch nicht erfüllten Motionen, Postulaten und Aufträgen**

#### **Verhandlung**

Stadtrat Aeschbacher Yves, namens der GPK, teilt mit, dass man nur bei einem Abschreibungsantrag abweichend ist vom GR. Es geht dabei um den Punkt 11.5 Postulat GLP-Fraktion betreffend bürgerfreundlicher e-Dienstleistungen der Verwaltung der Stadt Burgdorf und Schaffung einer digitalen Identität. Die GPK ist der Ansicht, dass der erste Punkt des Postulates noch nicht als erfüllt abgeschrieben werden kann. Das müsste zuerst durch die neu geschaffene Stelle Digital Officer in Angriff genommen werden. Sobald der erste Erfolg erzielt werden konnte, kann die Abschreibung in Erwägung gezogen werden. Der Antrag der GPK lautet deshalb Aufrechterhaltung. Bei allen anderen Anträgen empfiehlt die GPK gleich wie der GR.

Stadtpäsident Berger Stefan teilt mit, dass man in der GPK das Postulat betreffend e-Dienstleistungen diskutiert hat. Für den GR ist es kein Problem, das Postulat aufrecht zu erhalten. Stadtrat Rössler Andreas freut sich als Digital Officer in einem Jahr einen kurzen Standbericht dazu im SR abzugeben.

#### **Abstimmung**

11.1 Motion GLP betreffend Lohnbegrenzung Stadtpräsidium

Antrag: abschreiben

11.2 Postulat SVP und Mitunterzeichnende betreffend Parkplätze im Bahnhofquartier Burgdorf

Antrag: abschreiben



11.3 Postulat Grüne Burgdorf betreffend TISA: Auswirkungen und Handlungsmöglichkeiten  
Antrag: abschreiben

11.4 Postulat Grüne Burgdorf betreffend Lohngleichheit zwischen Frau und Mann auf Gemeindeebene realisieren - Lohnleichheits-Charta unterschreiben  
Antrag: Verlängerung Erfüllungsfrist

11.5 Postulat GLP-Fraktion betreffend bürgerfreundlicher e-Dienstleistungen der Verwaltung der Stadt Burgdorf und Schaffung einer digitalen Identität  
Antrag: aufrechterhalten

11.6 Postulat GLP-Fraktion betreffend elektronisches Abstimmungssystem für den Stadtrat Burgdorf  
Antrag: aufrechterhalten

11.7 Jugendantrag betreffend Rollsportanlage Burgdorf  
Antrag: aufrechterhalten

11.8 Auftrag SP-Fraktion betreffend Spielanlagen der Stadt Burgdorf  
Antrag: abschreiben

11.9 Auftrag SP-Fraktion betreffend Umsetzung des Masterplans Arbeitsintegration in Burgdorf  
Antrag: abschreiben

11.10 Auftrag GLP-Fraktion betreffend Regelung der Zuteilung der Kommissionssitze  
Antrag: aufrechterhalten

11.11 Auftrag GLP-Fraktion betreffend sichere Koexistenz von E-Bikes und Velos auf den Velowegen in Burgdorf  
Antrag: Verlängerung Erfüllungsfrist

11.12 Auftrag FDP-Fraktion betreffend Abschaffung des ausseramtlichen Wahlzettels für die Stadtratswahlen  
Antrag: abschreiben

11.13 Auftrag Grünen, EVP, Grünliberalen und SP Burgdorf betreffend Klimanotstand in der Gemeinde Burgdorf  
Antrag: aufrechterhalten

11.14 Auftrag FDP-Fraktion betreffend Änderung Abfall- und Gebührenverordnung (AbfallIV)  
Antrag: aufrechterhalten

### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 39 Ja Stimmen die Anträge.

---

SRB: 2020-351 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

## **Auftrag EVP und Grüne betreffend überregionales Holzheizkraftwerk**

### **Verhandlung**

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass der vorliegende Auftrag eine Prüfung und Berichterstattung an den SR verlangt. Da der Gegenstand in die abschliessende Zuständigkeit des GR fällt hat der Auftrag den Charakter einer Richtlinie. Von der gesamten Waldfläche auf dem Stadtgebiet der Stadt Burgdorf sind knapp 96% im Besitz der Burgergemeinde. Nur rund 1%, 6 ha, ist im Besitz der Einwohnergemeinde. Im kommunalen Richtplan Energie von 2012 war eine Steigerung des Holzwärmeanteils von damals 15% auf rund 25 bis 30% vorgesehen, was etwa dem verfügbaren Potential an Energieholz entspricht. Damals ging man von sechs Holzwärmeverbunden aus. Es gibt einige wenige Gebiete in Burgdorf, wo die Nutzung ortsabhängiger erneuerbarer Energie, Grundwasserwärme, untersagt ist, dort drängt sich die Nutzung von Sonne und Holz auf wie zum Beispiel im Gebiet Einunger Nord, Finkhubel, das ehemalige KEB-Areal sowie das AMP-Areal. Dass nach 2012 nicht mehrerer Wärmeverbunde realisiert wurden, hat damit zu tun, dass die Localnet AG den Wärmeverbund Burgdorf Süd, der seit 2006 in Betrieb ist, massiv ausgebaut hat und weitere Bezüger angeschlossen hat. Im Wärmeverbund Süd werden primär einheimische Holzschnitzel eingesetzt. Gas dient lediglich zur Spitzenlastabdeckung und zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit. Die eingesetzten Holzschnitzel stammen zu 100% aus den Wäldern von Burgdorf und Umgebung. Dafür besteht ein langjähriger Liefervertrag mit der Burgergemeinde. Die Wärmezentrale Strandweg wurde 2009 realisiert. Für die 10 Mehrfamilienhäuser war der Einsatz von Holzschnitzeln aus betrieblichen Gründen nicht sinnvoll, die Anlage wäre zu klein gewesen. Hier wurde eine Grundwasserwärmepumpe gewählt. Der Wärmeverbund Schützematt im Bereich Hallenbad, Markthalle und Pestalozzi ist in Vorberitung, steht jedoch in Abhängigkeit der Planung der Hallenbad AG. Bei dieser Anlage steht ebenfalls eine Grundwasserwärmepumpe mit einem Gas-Spitzenlastkessel in Vordergrund. An diesem Ort ist es aufgrund der Logistik und Ästhetik ungünstig, eine Holzschnitzelheizung zu realisieren. Ein weiterer Holzwärmeverbund geht aktuell in der Burgermatte in die Realisierung. Schliesslich ist ein weiterer grosser Holzwärmeverbund Burgdorf West geplant für das Gebiet Lerchenbühl, Suttergut und Gsteig. Idealer Standort für diese Heizzentrale wäre das Areal der heutigen Baudirektion an der Lyssachstrasse. Die Localnet AG plant somit neben dem bestehenden Wärmeverbund Süd zwei weitere Wärmeverbünde mit Holzbrennstoff. Das sind weniger als die im Energierichtplan von 2012 erwähnten sechs Holzwärmeverbunde, dafür aber deutlich grösser. Gemäss Localnet AG reicht das lokale Holzpotenzial für rund drei Wärmeverbünde der Grösse des Wärmeverbundes Burgdorf Süd. Fernziel der Localnet AG ist ein mit drei Heizzentralen, Burgdorf Süd, Schützematt und Burgdorf West, betriebenes, grossflächiges und untereinander verbundenes Fernwärmenetz in Burgdorf. Zwei dieser Zentralen sollen mit Holz als Rohstoff betrieben werden. Abschliessend noch die Antwort auf die Idee von Blockheizkraftwerken. Diese Technologie ist zum heutigen Zeitpunkt noch nicht serienreif und zu störungsanfällig. Die Localnet AG verzichtet bei ihren Wärmeverbänden bewusst auf den Einsatz von Technologien im Versuchs- oder Prototypenstadium. Im März war eine Information geplant, an welcher die Localnet AG und die Burgergemeinde den SR gemeinsam über ihre Zusammenarbeit und das Potenzial der Holznutzung informieren wollten. Corona bedingt musste dieser Anlass abgesagt werden. Er soll jedoch im Herbst nachgeholt werden. Der vorliegende Bericht zeigt, dass sich die Stadt Burgdorf und die Localnet AG soweit als möglich für die Verwendung von einheimischem Holz in Wärmeverbänden einsetzen. Der GR beantragt dem SR, den Auftrag anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP, teilt mit, dass vor einer gefühlten Ewigkeit, als Corona noch weit weg war, hat der GR am 3. Februar 2020 auf einen ersten Holzvorstoss der EVP mit einer ähnlichen Antwort reagiert. In der schriftlichen Antwort wurde das Potenzial der Holzenergie als beinahe ausgeschöpft betrachtet anhand einer Datenlage aus dem Energierichtplan 2012. Die aktuelle Situation, auf welche wir in der Begründung verweisen, wurde erst in der mündlichen Stellungnahme von Gemeinderat Bucher Theophil berücksichtigt. Zu Protokoll gab Gemeinderat Bucher Theophil im Februar: "Die Einschätzungen aus dem Kommunalen Richtplan 2012, wonach in Burgdorf ein Potential für sieben Holzwärmeverbände bestehe, gilt so heute nicht mehr. Tatsächlich fällt jedoch aktuell und auch mittel- und längerfristig in unseren Wäldern mehr Energieholz an." Soweit so gut. Persönlich erstaunt es schon etwas, dass in der Antwort auf den heute zur Debatte stehenden Vorstoss immer noch auf die Potenzialbeurteilung von 2012 verwiesen wird. Noch ein Bezug in die Gegenwart. Zum heiss-trockenen Sommer 2018 ist nun noch ein gleichartiger Sommer 2019 und die Coronakrise dazugekommen. Letztere führt dazu, dass Schadholz, welches in den Vorjahren nach China exportiert werden konnte, jetzt keinen Absatz mehr findet und im Wald liegen bleibt. Die Problematik, dass Käferholz genutzt werden sollte, bleibt also nach wie vor gross. Die EVP bedauert, dass die Idee eines holzbetriebenen Blockheizkraftwerkes nicht weiter verfolgt werden kann oder will. Die EVP begrüsst die Initiative der Localnet AG, eine Infoveranstaltung zum Thema zu organisieren und man hofft, dass insbesondere die Medien die Thematik auch aufnehmen können und auf diesem Weg die Bevölkerung zum Handeln bewegt werden kann. Die Corona-Krise hat uns knallhart vor Augen geführt, was Auslandsabhängigkeit bedeutet, dass im Krisenfall jedes Land nur für sich schaut und selbst unsere Partner bestellte Lieferungen an Schutzmasken an der Grenze wegen Eigenbedarf zurückhalten. Die Eigenversorgung mit Energie könnten wir bereits heute meistern, anstatt Energieholz im Wald verrotten zu lassen. Zudem fördert der Kanton Bern den Ersatz von Ölheizungen durch Holzheizungen mit einem grosszügigen Beitrag. Der Zeitpunkt, um auf Holzenergie zu setzen, war also in mehrerer Hinsicht noch nie besser als jetzt. In der Stellungnahme von Gemeinderat Bucher Theophil hat es so getönt, dass man Holz dort einsetzt wo eine Wärmepumpe nicht möglich ist aufgrund des Grundwassers oder Ähnlichem. Es gibt jedoch zu bedenken, dass Wärmepumpen bei uns nicht im Wald wachsen. Ob schlussendlich der Wald der Stadt gehört oder der Burgergemeinde spielt keine Rolle, weil das CO<sup>2</sup> von beiden Parteien neutralisiert wird. Entsprechend ist es im Interesse aller, dass man unseren Wald nutzen kann.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass man mit der Annahme und gleichzeitigen Abschreibung zufrieden ist. Da nur der Wald entlang der Emme der Stadt Burgdorf gehört, werden alle Bürgerinnen und Bürger aufgefordert an der Emme Holz zu sammeln und dieses zum Bräteln zu gebrauchen.

#### **Abstimmung**

Annahme und gleichzeitige Abschreibung

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 39 Ja Stimmen den Antrag.

---

SRB: 2020-352 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

### **Auftrag Esther Liechti-Lanz und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend "Burgdorf Ticket"**

#### **Verhandlung**

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass das Anliegen eines Burgdorfer Tickets im Rahmen der touristischen Weiterentwicklung der Stadt Burgdorf und mit der Eröffnung des Schloss Burgdorf an Bedeutung gewonnen. Um Burgdorf touristisch aufzuwerten, laufen bereits verschiedene interne Projekte wie zum Beispiel ein neuer Tourismusguide "Burgdorf entdecken". Es sind aber auch Projekte in Kooperation mit der Jugi und Emmental Tourismus geplant. Die Idee des beschriebenen zusätzlichen Burgdorfer Ticket um ein Mehrwert für Gäste zu schaffen, kennt man aus vielen grösseren Städten. Die touristischen Leistungserbringer, meistens sind es Private, die Stadt und die Region, kann den Ansatz überprüfen. Bei Kleinstädten geht es meistens oder mehrheitlich um Vergünstigungen von eigenen Angeboten und nicht um Finanzierung des öffentlichen Angebotes. Aktuell wird seitens des Stadtmarketings ein Reglement zur Erhebung einer Kurtaxe, wie es andernorts üblich ist, ausgearbeitet. Damit will man touristische Projekte ermöglichen, welche sonst durch Steuergelder finanziert werden müssen oder gar nicht umgesetzt werden können. Es ist aber falsch, wenn die Mittel gebraucht werden um den öffentlichen Verkehr zu vergünstigen. In Burgdorf sind die Strecken so kurz, dass man auch zu Fuss gehen kann. Der touristische Mehrwert, wenn ein öV-Angebot gemacht wird, ist eher gering. Daher lehnt der GR den Auftrag ab. Der GR ist jedoch bereit, im Rahmen der Bearbeitung des Reglements zur Erhebung der Kurtaxe, ein solches Projekt zu prüfen und entsprechende Grundlagen zu schaffen. Das Reglement zur Erhebung der Kurtaxe wird vom SR genehmigt. In diesem Sinn lehnt der GR den ursprünglichen Wortlaut ab. Der GR hat aber einen Wortlaut formuliert, den der GR annehmen würde.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass man mit der Antwort des GR sehr zufrieden ist. Die Implementierung der Kurtaxe, die im Moment ausgearbeitet wird, um neue Finanzierungsmöglichkeiten für touristische Attraktionen zu erhalten, wird begrüsst. Deshalb wird der Antrag des GR unterstützt.

#### **Abstimmung**

Wortlaut Auftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, mit möglichen Partnern ein „Burgdorf Ticket“ für Logiorgäste zu konzipieren und dem Stadtrat eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Das „Burgdorf Ticket“ soll sich über die mitmachenden Partnerorganisationen finanzieren und soll nach abgeschlossener Konzeption für die laufende Rechnung der Stadt Burgdorf kostenneutral sein.

Wortlaut GR

Der Gemeinderat wird beauftragt, im Rahmen des neuen Reglements über die Kurtaxe die Finanzierung der Entwicklung von touristischen Angeboten wie beispielsweise einem Burgdorf Ticket vorzusehen und dem Stadtrat eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 39 Stimmen dem Wortlaut des GR zu.

### **Abstimmung**

Annahme mit Wortlaut GR

### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 39 Ja Stimmen dem Antrag zu.

---

SRB: 2020-353 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

### **Überparteilicher Auftrag BDP und GLP betreffend "Stopp dem automatischen Lohnanstieg!"**

### **Verhandlung**

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass der Auftrag in die gleiche Richtung zielt wie andere Aufträge, so zum Beispiel die Parlamentserklärung der GLP-Fraktion betreffend Lohnmassnahmen. An der Dezembersitzung wurde der SR darüber informiert, wie der Stand der Dinge betreffend dem Projekt Gehaltsentwicklung. Jede Partei ist in der Kommission Gehaltsentwicklung vertreten. Es haben verschiedene Sitzungen stattgefunden. Die Abschlussitzung hat ebenfalls bereits stattgefunden. Der Antrag ist formuliert und wurde von der Paritätischen Kommission Personal (PKP) an den GR eingereicht. Wie bereits von Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice mitgeteilt, ist im Budgetprozess ein Prozent für die Bruttolöhne vorgesehen. Falls der überparteiliche Auftrag überwiesen wird, würde man die ganze Arbeit der Kommission zunichtemachen. Deshalb lehnt der GR den Auftrag ab. Der SR soll zuerst über die Resultate aus der Kommission Gehaltsentwicklung informiert werden. Es sind erstaunliche Resultate. An der Informationsveranstaltung vom 31. August 2020 wird über die Resultate orientiert. Es wird aufgezeigt, wie die PKP mit dem Resultat weiterfahren möchte. Dann kann man sich überlegen, ob Anpassungen des Personalreglements notwendig sind oder nicht. Mit der jetzigen Situation greift man dem gestarteten Prozess vor. Wenn der Auftrag überwiesen wird, müsste man etwas in dieser Form machen. Die Mitglieder der Kommission sind über das Resultat informiert und haben eventuell die Partei über das Projekt informiert. Weitere Informationen folgen an der Informationsveranstaltung. Der GR lehnt den Auftrag ab.

Stadtrat Niffenegger Simon, namens der SVP- und EDU-Fraktion, teilt mit, dass man dem überparteilichen Auftrag der BDP und GLP einstimmig zustimmt. Die Gegenargumente des GR überzeugen nicht. Was sind die Gegenargumente? Erstens, der GR argumentiert, dass das Geschäft zu Unzeit daherkommt. Das ist bis zu einem gewissen Grad richtig, zieht aber an der Hauptsache vorbei. Die Hauptsache an diesem ganzen Problem ist, dass es dem SR bereits seit mehreren Jahren ein Anliegen ist, beim automatischen Lohnwachstum vorwärts zu machen. Das heisst, der automatische Lohnwachstum ist dem SR ein Dorn im Auge. Der GR hat jahrelang nichts gemacht. Jetzt geht es darum Nägel mit Köpfen zu machen und endlich eine Verbindlichkeit festzulegen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass sich die Verschleppung weiterzieht. Projekt hin oder her. Projektgruppe hin oder her. Zweitens, es wird auch argumentiert, dass viele Projekte in der Pipeline sind wie B.Move und Digitalisierung, die bei den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung Verunsicherung auslösen. Hier liegt ein Missverständnis vor. Die Verunsicherung der Mitarbeitenden ist kein Argument, dass man notwendige Projekte auf Eis legt oder beerdigt, sondern es ist ein Auftrag an die Führungskräfte, dass sie ihre Führungsverantwortung wahrnehmen, die Unsicherheiten adressieren und ihre Mitarbeitenden positiv auf die Zukunft einstimmen. Das ist eine zentrale Führungsaufgabe, deshalb gibt es bei der Betriebswirtschaftslehre ein spezifisches Gebiet, das sich damit befasst. Das Gebiet

heisst Change Management. Drittens, der GR argumentiert, ihm werde ein essentielles Instrument der Personalführung aus der Hand geschlagen, nämlich die Anreizsetzung via Lohngestaltung. Das Argument ist falsch. Es geht beim vorliegenden Auftrag lediglich darum, dass die Summe des Lohnwachstums vom SR genehmigt wird. Wie die Summe verteilt wird, liegt weiterhin in der Kompetenz in der Verantwortung der Führungskräfte. Wer also mehr bekommen soll und wieviel, und wer gleichviel bekommen soll, entscheiden weiterhin die Führungskräfte. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich die Gegenargumente des GR bei näherer Betrachtung in Luft auflösen. Das erste Argument ist nur zur Hälfte richtig, das zweite Argument basiert auf einem Irrtum und einer Fehleinschätzung und das dritte Argument ist falsch. Aus diesem Grund lehnt die SVP- und EDU-Fraktion den Antrag des GR ab und stimmt dem Auftrag zu.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass er als Vertreter der GLP in der Kommission Gehaltsentwicklung Einsitz hatte. Es war eine Bereicherung und ist eine positive Erfahrung gewesen, tiefer in das Gebiet zu schauen. Deshalb darf man gespannt sein auf die folgenden Informationen anlässlich der Infoveranstaltung vom 31. August 2020. Man ist nicht der gleichen Meinung, dass der Auftrag die Arbeit der Kommission torpediert. Es kann auch sein, dass die Resultate der Kommission mit der Erfüllung des Auftrages zusammenhängen. Die GLP-Fraktion plädiert deshalb, dem Auftrag zuzustimmen.

Stadtrat Roger Aebi, namens der BDP-Fraktion, begrüsst die Einsetzung einer Projektgruppe, um Lösungsvorschläge zur Gehaltsentwicklung auszuarbeiten. Jedes Lohnmodell hat Vor- und Nachteile. Transparent und korrekt angewendet, steigert es die Motivation der Mitarbeitenden und erleichtert dem SR auch das Verständnis der Lohnmassnahmen. Das Lohnmodell der Stadt Burgdorf ist in seiner Art speziell und komplex aufgebaut. Zudem haben die Finanzverantwortlichen bei den Lohnmassnahmen im Budget 2019 viel zu wenig Sensibilität bezüglich der finanziellen Situation der Stadt Burgdorf und dem wirtschaftlichen Umfeld gezeigt. Die Budgetdebatte vom letzten Jahr hat dies gut aufgezeigt und hat auch zu vier Vorstössen geführt. Drei davon sind heute auf der Traktandenliste. Die erwähnte Projektgruppe ist an zwei Sitzungen ausführlich über das Gehaltssystem der Stadt Burgdorf informiert worden. Das Ergebnis wird an der Informationsveranstaltung Ende August vorgestellt. Die Parteienvertreter werden im Projekt Gehaltsentwicklung 21-24 auch die Frage der Kompetenz der Lohnentwicklung beantworten und einen zweckdienlichen Vorschlag unterbreiten. Die BDP-Fraktion ist der Meinung, dass eine Änderung des Personalreglements überhaupt nicht im Widerspruch steht mit dem Projekt Gehaltsentwicklung, sondern mitberücksichtigt werden muss. Der Vorstoss macht die Arbeit überhaupt nicht zunichte, sondern im Gegenteil, man muss sich die Frage der Kompetenzen stellen und das auch entsprechend kommunizieren. Nur so kann verhindert werden, dass der SR im Nachhinein zur Budgetdebatte nicht wieder vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Die BDP-Fraktion dankt für die Unterstützung.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, ist von den Voten überrascht. Jede Partei hat eine Vertreterin, einen Vertreter in der Kommission. Die Kommission leistet zusammen mit der PKP sehr wertvolle Arbeit. Die Ergebnisse haben alle überrascht. Fakt ist, wenn gesagt wird, dass die Begründung des GR nicht zutreffend ist oder zunichte gemacht wird, und im Auftrag steht, dass der Lohn in den letzten Jahren um 11 Prozent angewachsen, ist das schlichtweg falsch. Bereits da beginnen die falschen Informationen. Change Management ist ein riesiges Thema. Es ist aber Fakt, dass man das Lohnsystem der Stadt Burgdorf nicht ändern will. Das Lohnsystem der Stadt Burgdorf funktioniert und eine komplette Überarbeitung wäre immens. Der SR wurde nicht vor vollendete Tatsachen gestellt, ganz im Gegenteil, wir dürfen mitreden. Der SR kann lenken und es wurden auch Vorstösse eingereicht. Es wäre völlig falsch, dem Auftrag zuzustimmen, wenn die Ereignisse noch nicht vorliegen. Es behindert einander und es wird wertvolle Arbeit zunichte gemacht. Man ist überzeugt, dass der SR von den

Ergebnissen überrascht sein wird. Die SP-Fraktion wird den Antrag des GR zustimmen und den Auftrag ablehnen.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP, ist der gleichen Meinung wie Stadträtin Bannwart Gabriela. In der Kommission wurde festgestellt, dass ein grosser Teil des SR das Lohnsystem der Stadt Burgdorf nicht begreifen. Unterdessen konnten aber viele Fragen gestellt werden. Jede Partei war in der Kommission vertreten. Die Sitzungen konnten Missverständnisse klären und man ist erstaunt, dass trotzdem der Tenor herrscht, den Vorstoss zu überweisen. Der SR wird gebeten, das nochmals zu überdenken und den Vorstoss abzulehnen. Die EVP wird den Auftrag ablehnen, weil die Resultate zur Arbeit noch nicht vorliegen. Die Resultate werden die Forderungen des Auftrages sowie der Parlamentserklärung zu einem grossen Teil aufnehmen. Der SR entscheidet über ein Lohnreglement der städtischen Angestellten und es läuft nicht gleich wie in der Wirtschaft. Das musste auch Stadträtin Bossard-Jenni Tabea zuerst begreifen.

#### **Abstimmung**

Auftrag annehmen: 17 Stimmen

Auftrag ablehnen: 17 Stimmen

Enthaltungen: 5 Stimmen

#### **Beschluss**

Der Stadtrat lehnt mit Stichentscheid des Stadtratspräsidenten den Auftrag ab.

---

SRB: 2020-354 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

#### **Auftrag SP-Fraktion betreffend Ökologisches Laubkonzept**

#### **Verhandlung**

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Rappa Francesco dankt der SP-Fraktion für den Vorstoss. Das ermöglicht dem Ressort Tiefbau respektive den motivierten Mitarbeitenden des Bereichs Stadtgrün und Friedhof einer breiten Öffentlichkeit aufzuzeigen, was hinsichtlich Biodiversität bereits alles gemacht wird. Der Auftrag macht es zudem auch möglich, aufzuzeigen was man in den nächsten Wochen noch vorhat. Das Laub ist ein Teil davon und gehört dazu. An dieser Stelle wird nochmals klar zum Ausdruck gebracht, dass der Auftrag den Charakter einer Richtlinie hat. Somit verbleibt die abschliessende Zuständigkeit alleine beim GR. Biodiversität wird seit Jahren wo immer möglich vorangetrieben. Gemeinderat Rappa Francesco zeigt einige Beispiele. Die Bilder haben keinen abschliessenden Charakter. Es gäbe noch viele andere Beispiele, aber der Bereich Stadtgrün fotografiert nicht laufend jede Massnahmen. Vor einigen Jahren hat Gemeinderat Rappa Francesco als Stadtratsmitglied inhaltlich einen fast identischen Vorstoss einreichen wollen. Um die Verwaltung nicht grundlos zu beschäftigen und unnötige Kosten zu verursachen, hat er die zuständige Stelle kontaktiert und erschöpfend Antwort erhalten. Der SR wird deshalb aufgefordert, ab und zu mit der Verwaltung das Gespräch zu suchen. Damit können Ressourcen und Kosten gespart werden. Ein nächstes Konzept ist nun in Erarbeitung. Um was geht es. Gemeinderat Rappa Francesco hat seit rund fünf Jahren die Schlosswiese gemietet. Der letzte Schäfer hatte den Pachtvertrag gekündigt und niemand wollte sich um die Wiese kümmern. Die Wiese gehört dem Kanton. Jahrzehnte lang weideten Schafe auf der Wiese und in den Jahren 2017 und 2018 genossen Ponys das Grün. Schafe und Ponys sind jetzt Geschichte, weil der Umbau des Schlosses

abgewartet werden musste. Der Leitungsbau wurde durch die Schlosswiese gelegt. Mittlerweile wurden drei Bienenstöcke platziert und schon bald gibt es Burgdorfer Schlosshonig. Es macht nun Sinn, dass die Stadt Burgdorf die Möglichkeit bekommt, die rund 5'000 m<sup>2</sup> Fläche zur Erweiterung der Biodiversitätsflächen zu mieten und sie dabei adäquat der Öffentlichkeit nutzbar macht. Sofern ein sinnvolles Nutzungskonzept unterbreitet wird, ist Gemeinderat Rappa Francesco bereit frühzeitig aus dem Pachtvertrag auszusteigen und diese der Stadt Burgdorf zu übergeben. Beim Konzept müssen gewisse Vorgaben eingehalten werden. Die Schlosswiese soll eine Erweiterungsfläche von den Biodiversitätsbemühungen der Baudirektion werden. Eine natürliche Rückführung zu einer Magerwiese in den nächsten acht Jahren soll angestrebt werden. Die Wiese wurde völlig übernutzt und ist deshalb verfettet. Die Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit soll kurzfristig bis langfristig berücksichtigt werden respektive möglich sein. Es soll eine teilweise Beweidung mit entsprechenden Tieren geplant werden. Eine wissenschaftliche Begleitung durch die Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften (HAFL) soll geprüft werden. Eine Begleitung durch die Familie Lüthi, Biobauern aus dem Meienmoos, ist vorzusehen. Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara ist Mitglied im SR. Deren Projekt für reduktive Landwirtschaft soll hier einfließen. Es geht gemeinsam mit dem Ressort Tiefbau respektive dem Bereich Stadtgrün um die Verfolgung der Biodiversitätsförderflächenziele des Kantons Bern. Was heisst Biodiversitätsförderfläche? Biodiversitätsförderflächen bereichern die Landschaft mit Elementen wie Hecken, artenreichen Wiesen, Hochstammbäumen und anderen naturnahen Lebensräumen. Diese tragen zur Förderung und Erhaltung der Artenvielfalt bei. Besonders wertvoll sind sie, wenn bestimmte Tiere und Pflanzen bereits darin vorkommen oder Kombinationen von verschiedenen Lebensräumen vorhanden sind. Der GR beantragt dem SR, den Auftrag anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben.

Stadträtin Zingg Righetti Sybille, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die biologische Vielfalt das wichtigste Gut unseres Planeten ist. Pflanzen, Tiere, Pilze und Mikroorganismen reinigen das Wasser und die Luft, dienen als Nahrung und Arzneimittel und sorgen für fruchtbare Böden und ein angenehmes Klima. Auch die Attraktivität eines Wohnortes hängt unter anderem mit der Verfügbarkeit von Grünräumen und die Möglichkeit von Naturerlebnissen zusammen. Das Vorhandensein einer biologischen Vielfalt ist nicht nur für das Klima wichtig, sondern auch ein direkter Gewinn für die Burgdorferinnen und Burgdorfer. Die Stadt Burgdorf kann einen wichtigen Beitrag leisten und eine Vorbildfunktion übernehmen. Die SP-Fraktion ist deshalb erfreut, dass die Biodiversität für die Stadt Burgdorf kein Fremdwort ist und der Auftrag auf offene Ohren stösst. Man sieht, dass man bemüht ist Kleinstrukturen und Laubhaufen zu erweitern und andere Massnahmen zur Förderung der Biodiversität zu ergreifen sowie die Geräte und Fahrzeuge zu dekarbonisieren. Es wird zudem auf die vorhin gezeigte umfangreiche Illustration verwiesen. Trotzdem wurden nicht alle Fragen beantwortet. Es werden zwei Beispiele genannt. Man kann lesen, dass zusätzliche Standorte gesucht werden für Laubhaufen. Die Umsetzung ist für den Herbst 2020 geplant. Konkretisiert wird es jedoch nicht. Es gibt offenbar auch schon elektrobetriebene Geräte. Diese sind sogar Anzahlmässig aufgezählt im Bericht. Wie ist aber das Verhältnis zu den traditionellen Geräten? So bleibt die konkrete Umsetzung trotz des umfangreichen Berichtes zum Teil unklar. Gerade deshalb wäre ein Konzept oder Leitbild, wie es andere Städte haben, wünschenswert. Ein Konzept könnte als Wegweiser für die zukünftige Planung der Stadt Burgdorf beigezogen werden und als Information für die Bevölkerung dienen. Wenn die Stadt Burgdorf ihre Vorbildfunktion wahrnimmt, ziehen hoffentlich auch alle Private nach. Die SP-Fraktion hat deshalb diskutiert, ob die Abschreibung des Auftrages tatsächlich richtig ist. Man ist schliesslich zum Schluss gekommen, dass man akzeptiert, dass offenbar aktuell die Ressourcen für die Ausarbeitung eines physischen Leitbildes fehlen. Die Thematik wird jedoch im Auge behalten. Dies auch im Hinblick auf die Klimaforce. Entsprechend folgt die SP-Fraktion dem Antrag des GR und ist mit der Annahme und Abschreibung einverstanden.



Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt mit, dass man gegen die Abschreibung des Auftrages ist. Mit aller Wertschätzung wird die geleistete Arbeit wahrgenommen. In Burgdorf wird viel für die Schaffung, den Erhalt und die Aufwertung von wertvollen Naturflächen gemacht. Somit macht Burgdorf viel für die Förderung der Biodiversität und die Nachhaltigkeit. Bereits im Vergleich zum letzten Jahr ist es in Burgdorf eindrücklich wahrnehmbar. Als Beispiel wird der Gotthelfpark erwähnt. Die EVP möchte auf ein Detail hinweisen, das auch Teil der Abschreibung ist. Jetzt verglichen mit der Thematik Murneln im Laubhaufen. Es ist eine Tatsache, dass beim Bereich Stadtgrün nach wie vor neben dem Balkenmäher auch der Fadenmäher zum Einsatz kommt. Das ist ein sehr effizientes, aber traumatisierendes Mähgerät für leider sehr viele Kleinlebewesen. Einerseits wandelt man Rasenflächen in Naturwiesen um, lässt das Gras wachsen und mäht es mit dem Fadenmäher und zwar direkt über dem Wurzelstock. Das verletzt und tötet viele Kleinlebewesen, die wichtig sind für die Aufrechterhaltung der Biodiversität. Als Alternative soll geprüft werden, ob nicht eine Möglichkeit bestehe Freiwillige zu rekrutieren, die nach einem Sensemähkurs bereit wären, einen Teil der ökologisch bewirtschafteten Grünflächen der Stadt Burgdorf auf traditionelle Art zu mähen und pflegen.

#### **Abstimmung**

Annahme Auftrag: 30 Stimmen

Ablehnung Auftrag: 1 Stimme

Enthaltungen: 8 Stimmen

#### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 30 Stimmen der Annahme des Auftrages zu.

#### **Abstimmung**

Aufrechterhalten Auftrag: 6 Stimmen

Abschreiben Auftrag: 31 Stimmen

Enthaltungen: 2 Stimmen

#### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 31 Stimmen der Abschreibung des Auftrages zu.

---

SRB: 2020-355 | Registratur-Nr. 1.10.1000.71

#### **Motion FDP/GLP/SVP-Fraktion betreffend "Einführung einer Finanzkommission"**

#### **Verhandlung**

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice dankt den Motionären für ihren Vorstoss. Das gibt die Gelegenheit über die Prozesse und Kompetenzen zu reflektieren und zu analysieren. Bereits in den Jahren 2010 und 2015 wurde ein entsprechender Vorstoss eingereicht. Alle fünf Jahre wird die Situation neu besprochen. Anfangs der Legislatur hat der SR eine nichtständige Kommission mit Mitgliedern aus allen stadtratsvertretenden Parteien die sogenannte NPM-Kommission zusammengesetzt. Mit Fachleuten von der Hochschule Luzern hat man die Arbeit aufgenommen und die Frage bezüglich Optimierung des Budgets und Geschäftsberichtes geklärt. Die Kommission hat Sofortmassnahmen evaluiert, unter anderem auch die Schulung der neuen Stadtratsmitglieder. Man hat Dokumentationen für die neuen Mitglieder erstellt. Die Parteien haben zugestimmt, ein

Göttisystem für ihre neuen Mitglieder im SR einzuführen. Ob das gemacht wird, obliegt nicht in der Kompetenz des GR. Der Informationsfluss bezüglich Budgetprozess und Finanzen hat eine Verbesserung erfahren. Auf eine zusätzliche Budgetkommission hat man verzichtet. Man will die politische Einflussnahme bei den Fraktionen und Parteien stehenlassen und nicht vorweg nehmen. Die GPK nimmt die Aufgabe wahr und hat gewünscht, dass man fleissiger und früher ausführlich über den Stand der Finanzen und dem Budgetprozess informiert wird. Die Informationsdaten sind in der Terminplanung zum Budget fixiert. Zudem erfolgen im SR zwei Informationen zum Budgetprozess. Das gibt dem SR die Möglichkeit, Vorstösse zu generieren oder auch Fragen zu stellen. Im Vorfeld der Fraktionssitzungen findet seither eine Informationsveranstaltung für den SR statt. Dort können Fragen gestellt werden. Die Optimierung der Unterlagen zum Budget und Geschäftsbericht sind bekannt und konnten entsprechend umgesetzt werden. Vor allem der Kompass ist eine gute Grundlage. Eine Finanzkommission wurde bei beiden Vorstössen als nicht zielführende Massnahme vom GR und SR verworfen. Beide Vorstösse sind nach der Einführung von NPM seit 2006 eingereicht worden. NPM basiert eigentlich auch auf anderen Strukturen. Wir haben 24 Produktgruppen und 56 Produkte. Die Führung geht vor allem über die Wirkungs- und Leitungsziele. Die BDO zitiert bei der Schlussbesprechung zum Jahresabschluss 2019 das Amt für Gemeinden und Raumordnung und sagt, dass Burgdorf einen sorgfältigen Budgetprozess hat. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung attestiert der Stadt Burgdorf, dass das Finanzverwaltungsrechnungsmodell HRM2 korrekt eingeführt hat. Eine reine Finanzkommission widerspricht eigentlich der NPM-Steuerungsphilosophie. Bei NPM erfolgt die Steuerung über Input und Output, also über die Wirkungs- und Leistungsziele, und nicht über die Kosten. Im Wortlaut ist nicht klar ersichtlich, wie die Trennung der Kompetenzen zwischen einer Finanzkommission und der GPK sein soll. In der Umsetzung würde es zu Schwierigkeiten kommen bezüglich der Kompetenzabgrenzung und auch zu teureren Doppelspurigkeiten. Eine weitere Folge wäre auch, dass man viel früher mit dem Budgetprozess beginnen müsste, weil mehr Gremien involviert sind. Je früher man in den Budgetprozess einsteigt, desto ungenauer ist das Zahlenmaterial. Dass die Finanzlage der Stadt Burgdorf angespannt ist, hört man immer wieder und die Motionäre sagen dies auch. Es ist nicht erstaunlich, dass Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice dies nicht so sieht. Wen man ein städtisches Vermögen von 234 Mio. Franken hat, Stand 31. Dezember 2019, davon ein Finanzvermögen von 121 Mio. Franken, ist das Wort angespannt nicht zutreffend. Der SR gibt sich in seinen Voten bezüglich Kostenbewusstheit immer sehr sparsam aus. Eine Finanzkommission würde nicht anders funktionieren. Es wäre schade, wenn man dem SR Kompetenzen wegnimmt. Es heisst vielfach, der Arbeitsstil in der Wirtschaft sei smart, agil und effizient. Dann sollte es in der Verwaltung nicht plötzlich heissen, sei schwerfällig. Aus diesen und etlichen anderen Gründen lehnt der GR eine Finanzkommission ab. Natürlich neben anderen materiellen Einwänden, auch die festgelegte First, nämlich bereits auf die nächste Legislatur, was aber nicht umsetzbar ist. Der Vorstoss hat wieder einmal die Gelegenheit gegeben, sich vertieft mit dem Prozess und den Abläufen auseinanderzusetzen und auch zu reflektieren. So ist man zum Resultat gekommen.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass in der formelle Stellungnahme des GR klar steht, dass die Ziffern 1 bis 3 zulässig sind. Nur die Ziffer 4 betreffend Vollzugsfrist ist nicht zulässig. Die FDP-Fraktion verzichtet deshalb auf die Ziffer 4. Die Motion mit den Ziffern 1 bis 3 wird aufrechterhalten. Man spürt, dass man sich scheut, wie der Teufel das Weihwasser. Mit der zweieinhalbseitigen Stellungnahme handelt es sich vor allem um Vergangenheitsbewältigung. Man hat schlechte Erfahrungen gemacht und jetzt soll man die Vergangenheit ruhen lassen und sich mit der Aktualität befassen. Die Beweggründe des GR die Motion mit einer zweieinhalbseitigen Stellungnahme abzulehnen, geben auch Gründe um eine stadträtliche Finanzkommission einzuführen. Bei der Beantwortung des GR steht, dass es die Zusammenarbeit mit dem SR erschwere und die Qualität und Effizienz beeinträchtigt. Eine Finanzkommission ermöglicht erst eine Zusammenarbeit mit dem SR. Der SR erhält zwar tolle Unterlagen, aber leider ist man am Ende des Tages nur zum Zuschauen degradiert.

Weiter schreibt der GR, dass bei der Begleitung des Budgetprozesses mit einer Finanzkommission mit einem höheren Zeitaufwand gerechnet werden muss. Es müssten Erklärungen abgegeben werden und dafür braucht es eine Aufstockung von personellen Ressourcen, was Mehrkosten bewirkt. Bei dieser Aussage musste man leer Schlucken. Mit einer Finanzkommission wird erwartet, dass man frühzeitige Erklärungen erhält und auch erwartet werden dürfen. Vor allem sollen auch finanzpolitische Prüfungen und Überlegungen wahrgenommen werden und auch versucht werden diese umzusetzen. Die Drohung der Mehrkosten ist ein hilfloser Versuch, Gründe gegen eine Finanzkommission zu finden. Der beste Grund wurde ebenfalls bereits gesagt. In den Unterlagen steht, dass die finanzielle Ausgangslage in keiner Art und Weise angespannt ist. Alles entwickelt sich positiv und die Schulden sind stabil hoch. Die Schulanlagen sind mit 11 Mio. Franken bereits zurückgestellt. Es wäre interessant, wenn an der Informationsveranstaltung im August orientiert wird, wie viele Millionen im Raum stehen. Genau diese Argumentation hören wir seit dreieinhalb Jahren von der verantwortlichen Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice. Kaum einmal eine kritische Auseinandersetzung mit der Finanzlage. Kein Rappen im Sparsäuli. Sparen können und sollen nur die Anderen. Wir können es nicht. Sehr wenig Glaubhaftigkeit dabei. Es ist Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice in den letzten dreieinhalb Jahren nie gelungen, wenigstens bei der FDP-Fraktion mit sachlichen Fakten Vertrauen zu schaffen und zu überzeugen, sondern eher im Gegenteil. Das war auch der Hauptgrund, warum man die Schuldenbremse einführen wollte. Wie aber bekannt ist, wurde diese abgelehnt. Deshalb ist es heute wirklich ein Muss, dass der SR mit einer Kommission selber für Einfluss sorgt. Man will beim Containerschiff, das im Hafen beladen wird, mitgestalten können, wieviel und mit was das Schiff beladen wird bevor es zur Überfahrt aufbricht. Vielleicht kann man unterwegs noch bei einem oder anderem Hafen halten und etwas korrigieren. Wenn es aber im Zielhafen ankommt, wird die Ladung gelöscht, also von der GPK, indem sie den Inhalt und die Papiere auf ihre Rechtmässigkeit überprüft. Zu diesem Zeitpunkt ist es im SR zu spät. Die Coronakrise wird zusätzlich ihre Spuren hinterlassen, da ist man sich einig. Die Klimaforce darf nicht zu einer ideologischen Giesskanne von finanziellen Mitteln führen. Wir haben noch nie eine Finanzkommission dringlicher benötigt als heute. Übernehmen wir doch parteiübergreifend Verantwortung und lassen den GR eine entsprechende Vorlage erarbeiten. Das Formelle für eine Kompetenzregelung der Finanzkommission und eine klare Abgrenzung zur GPK sollte dabei kein Hindernis sein.

Stadtratspräsident von Arb Peter hält fest, dass die Motionäre an der Motion mit den Ziffern 1 bis 3 festhalten. Die Ziffer 4 ist unzulässig.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass es auf den ersten Blick verlockend ist, wenn der SR mehr Kompetenzen erhält. Bei genauerem Hinschauen wird ersichtlich, dass der SR bereits heute alle Kompetenzen hat, welche die geforderte Finanzkommission hätte. Die SP-Fraktion lehnt die Motion einstimmig ab. Unter anderem weil die Motion die Zeitvorgabe gar nicht machen darf. Die Motionäre geben zwei Begründungen, warum Burgdorf eine Finanzkommission bekommen soll. Einerseits weil alle eine haben, wie zum Beispiel Langenthal, und weil es Burgdorf schlecht geht und der SR mehr Mitsprache will sowie impliziert mehr zu sparen. Zum Argument, dass Burgdorf eine Finanzkommission wie in Langenthal haben soll, gibt es wie bei der zeitlichen Umsetzung ein Denkfehler. Langenthal hat sehr wohl eine Finanzkommission und der zuständige GR präsidiert sie. Die Kommission hat aber beratende Funktion. Die Finanzkommission macht den Bericht oder gibt das Protokoll an die GPK weiter und die kann das Geschäft zurückweisen. Die Langenthaler Finanzkommission kann genau das, was der Vorstoss in seiner Begründung fordert nicht, nämlich Geschäfte aus finanzpolitischen Überlegungen zurückweisen. Weiter erläutert der GR in seiner Antwort auch den Unterschied zwischen Burgdorf und Langenthal bezüglich Leistungs- und Wirkungsorientierter Steuerung, auch bekannt unter NPM New Public Management. Burgdorf hat in der Vergangenheit verschiedene Male Abklärungen gemacht, ob eine Finanzkommission wieder

eingeführt werden soll. Erst vor kurzer Zeit, nämlich im 2017, ist während der Evaluation von NPM die nichtständige stadträtliche Kommission zum Schluss gekommen, dass eine Budgetkommission nicht zielführend wäre. In der Kommission zu diesem Thema waren SVP, FDP und GLP vertreten und der heutige Präsident der GPK hat die Sitzungen der Kommission geleitet. Das kann man alles im Schlussbericht zur Evaluation NPM nachlesen. Der Schlussbericht wurde vor rund zwei Jahren im SR einstimmig genehmigt. Das heisst, dass der SR bereits in der jetzigen Legislatur darüber beschlossen hat. Damit hat man auch explizit akzeptiert, dass die GPK die vorberatenden Kommission bleiben soll und auf eine Finanzkommission verzichtet wird. Dies ist wichtig, weil die inhaltliche und politische Einflussnahme bei den Fraktionen und Parteien bleiben soll. Es ist den Mitgliedern des SR ihre Aufgabe, die Arbeit einer Finanzkommission zu machen. Es stellt sich zudem die Frage an die Motionäre, ob sie die Kompetenz an eine bis maximal zwei Personen abgeben bei der geforderten 7er-Kommission. Oder haben die Motionäre gegenüber der GPK Bedenken? Etwas erstaunt zur Kenntnis genommen hat man, dass der GR in seiner Antwort an den SR mitteilt, was gut für ihn ist. Das ist zwar verständlich, weil die meisten Mitglieder des GR auch Mitglied im SR waren. Einige von ihnen hätten sich das nie sagen lassen. Der GR soll, wie er es im hinteren Teil der Antwort gemacht hat, aufzeigen, was es für Folgen für den GR und die Verwaltung gibt. Ein weiterer Kritikpunkt sind auch die Kosten. Eine Kommission, die unabhängig arbeiten und kompetent sein soll, braucht neben dem Büro auch eine juristische Unterstützung. Die Motionäre sind wohl der Meinung, dass die Kosten einer Finanzkommission kleiner sind als die Einsparungen. Wie bereits erwähnt, der SR hat es selber in seiner Hand, weil zum Beispiel Planungskredite ab Fr. 100'000.-- vom SR bewilligt werden müssen. Es darf nicht vergessen werden, dass vor mehr als 10 Jahren eine ausserordentliche Verzichtsplanungskommission alle Ausgaben überprüft hat und am Ende ihrer Arbeit fast nichts auf dem Tisch hatte, auf das man verzichten wollte. Deshalb muss man bei solchen Übungen aufpassen, dass es am Schluss nicht heisst ausser Spesen nichts gewesen. Der SR soll gemäss den genehmigten Massnahmen aus der Evaluation NPM früher und besser in die Budgetierung einbezogen werden. Davon haben wir bereits vorhin etwas gehört. Wir könnten auch in Zukunft noch mehr machen. Zusammenfassend ist die SP-Fraktion der Meinung, dass eine neue ständige Finanzkommission nicht der richtige Weg ist. Aus diesen Gründen lehnt die SP-Fraktion die Motion ab.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt mit, dass man gegen eine Einführung einer Finanzkommission ist. Die EVP steht zudem hinter ihrer Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice und ist stolz auf ihre geleistete Arbeit. Im SR werden die finanzpolitischen Debatten transparent, parteipersonlich und öffentlich für die Wählerinnen und Wähler, lesbar im Stadtratsprotokoll sowie den Medien, direkt demokratisch gelebt. Der SR soll auch in Zukunft finanzpolitisch steuern können. Die Finanzen sind ein sehr heikles Thema sowie emotional, auch gerade in der Coronakrise. Die EVP will nicht lokalpolitisch, dass es eine Kommission gibt, die hinter verschlossener Türe mit ausgewählten Ratsmitglieder debattiert, sondern den Schwerpunkt auf die finanzpolitische Diskussion im Rat legen.

Stadtrat Greisler Yves, namens der BDP-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die Ausarbeitung der Stadtratsvorlage. Die vorliegende Motion verlangt die Einführung einer 7-köpfigen ständigen stadträtlichen Finanzkommission. Die Arbeiten der nichtständigen Kommission Evaluation NPM haben in der Zeit von September 2017 bis Januar 2018 stattgefunden. Eine der Arbeitsgruppe hat sich mit der Frage rund um den Informationsfluss im Budgetprozess befasst. Seitens des SR waren von allen Parteien Vertreter in der Kommission anwesend. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zum Budgetprozess sind unter anderem, dass die Möglichkeit zur Einflussnahme auf das Budget während dem laufenden Budgetprozess für den SR eher gering ist. Die Einflussnahme auf grössere Ausgaben, insbesondere Investitionskredite mit Folgekosten, sind hingegen möglich. Es werden sämtliche Projektausgaben ab Fr. 100'000.-- sowie grössere Ausgaben gemäss Artikel 60 ff. der Gemeindeordnung dem SR vorgelegt. Ebenfalls stehen dem Parlament Instrumente zur Einflussnahme

auf künftige Budgets zur Verfügung mittels Motion und parlamentarischem Auftrag. Diese sind allerdings an entsprechende Fristen gebunden. Die NPM ist unter anderem zur Schlussfolgerung gekommen, dass auf das Errichten einer zusätzlichen Budgetkommission verzichtet wird. Als weitere Massnahme aus der Evaluation der NPM-Kommission wurde die Informationsveranstaltung mit Fragerunde zum Budget für den SR von der Finanzdirektion eingeführt. Die jetzt geforderte Finanzkommission würde entsprechend der Motion auch als Budgetkommission fungieren, was innerhalb der BDP-Fraktion kontrovers diskutiert wurde. Die Coronapandemie und insbesondere ihre Auswirkungen sind aktuell nur bedingt beurteilbar. Sollte sich eine starke Verschiebung der Erträge und Aufwände bestätigen, sind rasche Massnahmen gefordert. Die Einberufung einer Finanzkommission zum Eingriff in die Finanzentwicklung dauert viel zu lange und ist dafür kein geeignetes Mittel. Dem SR liegen heute gute Instrumente vor wie zum Beispiel die Ablehnung und Rückweisung von Investitionskrediten zur Überarbeitung, Motionen und parlamentarische Aufträge. Ob und wie die Instrumente allerdings genutzt werden, hängt ganz stark vom politischen Willen ab. Die BDP-Fraktion hat deshalb Stimmfreigabe entschieden und wird die Motion nicht einstimmig unterstützen. Die BDP-Fraktion wird jedoch eine allfällige Umwandlung in ein Postulat einstimmig unterstützen.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass die Einführung einer Finanzkommission angesichts der angespannten finanziellen Lage und der Verschuldung angebracht ist. Dass dies einige Personen anders sehen, haben wir bereits gehört. Es ist auch kein kurzfristiges Instrument und man stimmt dem Vorredner zu, es braucht schnelle Massnahmen. Man geht aber davon aus, dass sich die Situation, die sich anbahnt, noch länger dauern wird. Damit bekommt der SR zusätzliches Gewicht bei der Mitsprache von Finanzgeschäften, vor allem auch in der zeitlichen Schiene. Das ist bereits von Stadtrat Kämpf Jürg angesprochen worden, dass es häufig ein Problem ist. Die GLP-Fraktion stellt sich die Finanzkommission als Fachkommission bezüglich Finanz und Investitionsvorhaben vor. Der Nutzen der Finanzkommission wird in der gemeinderätlichen Antwort nicht nur in Frage gestellt, sondern von Anfang an im Verhältnis zu den anfallenden Mehrkosten in Abrede gestellt. Das ist doch schon sehr gewagt. In den Augen der GLP-Fraktion steht und fällt der Erfolg mit der Systemhaltigkeit einerseits, wie man die Finanzkommission mit Kompetenzen ausstattet und auch klar abgrenzt zur GPK, und andererseits mit der fachlichen Fähigkeiten der Einsitznehmenden. Die Darstellung, dass die finanzielle Lage schon fast rosig ist, wird nicht unterstützt, insbesondere aufgrund der Coronakrise, der optimistischen Steuerannahmen und grossen Investitionen. Man will niemanden einen Vorwurf machen, aber man muss der Realität in die Augen schauen. Es braucht ein institutionalisiertes dauerhaftes Gefäss über das man noch genauer diskutieren muss betreffend Umsetzung, Kompetenzen und fachliche Ausrichtung. Der GR und die Verwaltung sollen vonseiten SR intensiv unterstützt werden. Die GLP-Fraktion ist überzeugt, dass es Best Practice ist, wenn man eine Aussensicht erhält damit man gemeinsam weiterkommt. Das schliesst auch besondere Massnahmen nicht aus, die greifen kurz- und mittelfristig sowie konkret. Die Finanzkommission arbeitet eher im Hintergrund, also mittel- und langfristig. Deshalb empfiehlt die GLP-Fraktion die Annahme der Motion.

#### **Abstimmung**

Annahme Motion mit Ziffer 1 bis 3

#### **Beschluss**

Der Stadtrat lehnt mit 17 Ja und 17 Nein Stimmen bei 5 Enthaltungen mit Stichentscheid des Stadtratspräsidenten die Motion ab.

---

SRB: 2020-356 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

**Dringliche Interpellation SVP-Fraktion betreffend Corona-Krise**

**Verhandlung**

Stadträtin Rohrbach Sabrina, namens der SVP-Fraktion, dankt dem GR für die Stellungnahme und teilt mit, dass man mit der Stellungnahme des GR befriedigt ist.

**Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

---

SRB: 2020-357 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

**Dringliche Interpellation FDP-Fraktion betreffend Corona-Auswirkungen in der Stadt Burgdorf**

**Verhandlung**

Stadtrat Grimm Thomas, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man mit der Antwort des GR nur teilweise befriedigt ist. Man hat sich von der Interpellation mehr Informationen erhofft. Andererseits ist man sich auch bewusst, dass es während der Coronapandemie nicht einfach ist gewisse Abschätzungen zu machen, wie zum Beispiel die Fragen zum Budget und den Corona bedingten Einbrüchen bei den Steuern. Der Bundesrat hat täglich wiederholt, dass die Bevölkerung zu Hause bleiben soll. Es erstaunt deshalb nicht, dass die Einnahmen der Parkplatzbewirtschaftung um 80 Prozent abgenommen haben. Interessanter wird es jedoch bei der Geschwindigkeitskontrollen, weil dort keine merklichen Rückgänge zu verzeichnen sind. Es stellt sich die Frage, ob alle dem bundesrätlichem Aufruf getrotzt haben und sich trotzdem ins Auto gesetzt haben, extra schnell gefahren sind um schneller unterwegs zu sein als der Coronavirus fliegen kann. Oder ist es Tatsache, dass auf die Einnahmen der Raser auch in Krisenzeiten voller Verlass ist. In der Interpellation wurde auch eine Frage zur Kurzarbeit gestellt. Warum es nicht möglich sein soll, Zahlen zu wissen, wie viele in Burgdorf von Kurzarbeit betroffen sind, ist verwunderlich. Es wäre mindestens ein Hinweis, wenn der GR hätte sagen können, wie viele Firmen in Burgdorf Kurzarbeit einführen mussten und wie viele Leute davon betroffen sind. Die FDP-Fraktion ist deshalb mit der Antwort des GR nur teilweise befriedigt. Eventuell werden noch konkrete Fragen nach der Coronapandemie gestellt.

**Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

---

SRB: 2020-358 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

**Dringliche Interpellation Grünen Burgdorf betreffend Mietzinserslass für Mieter von stadteigenen Gewerberäumen**

**Verhandlung**

Stadtrat Bangerter Walter, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass man mit der Stellungnahme des GR befriedigt ist.

**Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

---

SRB: 2020-359 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

**Interpellation GLP-Fraktion betreffend Finanzkennzahlen im Budgetierungsprozess der Stadt Burgdorf**

**Verhandlung**

Stadtrat Thompson Ian, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man mit der Antwort des GR nicht befriedigt ist. Die GLP-Fraktion dankt dem GR für die Stellungnahme. Man hat keine Beispiele für mögliche Finanzkennzahlen vorgegeben, aber man hat eindeutig die Bereiche aufgezeigt, wo solche KPIs, Key Performance Indicators, angebracht wären. Das heisst hauptsächlich im Bereich Personalaufwand sowie beim Sach- und übriger Betriebsaufwand. Natürlich geht es mit der ganzen Diskussion über die Löhne und Finanzen in die gleiche Richtung. Es ist verständlich, dass gewisse Personalkosten vom Kanton zurückerstattet werden, obwohl Burgdorf keinen Einfluss auf diese Kosten hat. Wie der GR in der Stellungnahme vorschlägt, würde man es sehr begrüssen, wenn die Personalkosten in Zukunft in Prozent der Gesamtkosten der angegebenen Städten im Kompass aufgeführt werden und zwar nicht nur für das letzte, sondern für die letzten zehn Jahre. Seit 2006 sind die gesamten Personalkosten und übrigen Kosten um rund 6 Mio. Franken gestiegen und seit 2010 um rund 2 Mio. Franken. In den letzten fünf Jahren haben sie sich stabilisiert. Natürlich ist dies der Grund, warum wir diese Diskussion führen im Moment. Es gibt gewisse interessante Kennzahlen, die man begrüssen würde. Erstens, wie viele Mitarbeitende beschäftigt die Stadtverwaltung Burgdorf? Im Geschäftsbericht 2018 steht auf der Seite 105 die Anzahl Mitarbeitende mit 206 Personen, davon 81 Vollzeit- und 125 Teilzeitarbeitende. Auf der Homepage der Stadt Burgdorf findet sich die Anzahl von 163 Mitarbeitende der Stadt Burgdorf, dabei mussten die Zahlen akribisch herausgesucht und die Anzahl Beschäftigte der Direktionen zusammengezählt werden. Eine Statistik zum Geschlecht und Durchschnittsalter sowie eventuell zur sexuellen Orientierung, aber keine Angaben zur Vollzeitbeschäftigungen. Natürlich sagen solche Zahlen zum Jahr nichts aus, weil gewisse Dienstleistungen intern durch eigenes Personal erledigt und andere Arbeiten extern vergeben werden. Zu sehen, wie viele Vollzeitstellen die Stadt Burgdorf in den letzten zehn Jahre beschäftigt, wäre eine hilfreiche Kennzahl. Diese Kennzahl hat mit Finanzen zu tun. Bei geschätzten 170 Vollzeitstellen in Burgdorf kommt man auf ein Durchschnittseinkommen von monatlich Fr. 11'000.-- pro Mitarbeitenden inklusive Sozialkosten. Bei der Ypsomed kann man diese Zahlen direkt im Geschäftsbericht lesen mit 152 Mio. Franken bei 1'602 Vollzeitbeschäftigte, das heisst Fr. 95'000.-- pro Mitarbeitenden und Fr. 7'300.-- pro Monat inklusive Sozialleistungen. Es ist klar, dass solche Vergleiche schwierig sind, aber in der Stadt Burgdorf gibt es keine solche Kennzahl, die aufzeigt wie sie sich im

Vergleich zu den Vorjahren verändern. Im Kompass, der immer gelobt wird, wären solche Kennzahlen eigentlich zwingend. Zwei weitere Beispiele, die keine Finanzkennzahlen sind, aber mit zukünftigen Kosten und Investitionen in der Stadt Burgdorf verknüpft sind. Erstens die Abfallentsorgung, bei der die Stadt Burgdorf Gebühren verlangt, darf die Steuerannahme benützt werden. Dazu findet man auf der Seite 137, dass es immer noch weniger Abfall pro Einwohner gibt, aber die Information ist nicht in Kennzahlen pro Jahr aufgeführt. Kürzlich wurde über den Ersatz des dritten Kehrriemwagens diskutiert, obwohl nicht klar war, ob die Stadt Burgdorf einen dritten Wagen überhaupt braucht, der den ganzen Tag im Werkhof steht. Auf der Seite 261 sind die Einwohner nach Jahrgang aufgelistet. Es wird aber nicht aufgelistet, wie die schulpflichtigen Kinder von Jahr zu Jahr anwachsen. Das hätte auch einen Einfluss auf den Ausbau und weiteren Investitionen bei Schulanlagen in den nächsten Jahrzehnten. Wieso ist es nicht möglich, solche Statistiken aufzuführen. Man wünscht sich einfache und messbare Zahlen und nicht nur Finanzkennzahlen, die unter der Kontrolle der Stadt Burgdorf liegen. Der SR soll noch effizienter arbeiten können und bessere Investitionsentscheide treffen können, dazu braucht es eine fundierte Basis.

#### **Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme nicht befriedigt.

---

SRB: 2020-360 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

#### **Interpellation FDP-Fraktion betreffend Sprach- und Kulturaustausch während der Volksschulzeit (5.-9. Klasse) in Burgdorf**

#### **Verhandlung**

Stadtrat Grimm Thomas, namens der FDP-Fraktion, dankt dem GR für die ausführliche Antwort zur Interpellation. Wissen, Bildung und vor allem Sprachen sind die Rohstoffe der Schweiz. Besonders in unserer vernetzten Welt sind Sprachen und fremde Kulturen sehr wichtig und oft auch Matchentscheidend. Gute Sprachkenntnisse, also Fremdsprachen, helfen Jugendlichen nach der Ausbildung für bessere Chancen auf dem Stellenmarkt. Als Wirtschaftspartei ist man sehr erfreut, dass Burgdorf in Sachen Sprach- und Kulturaustausch während der Volksschulzeit, also von der 5. bis 9. Klasse, so gut unterwegs ist. Die FDP-Fraktion ist mit Antwort des GR befriedigt.

#### **Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

---

SRB: 2020-361 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

#### **Interpellation BDP-Fraktion betreffend gesundes und finanzierbares Wachstum**

#### **Verhandlung**

Stadtrat Aebi Roger, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass man mit der Antwort nur teilweise befriedigt ist. Die Aussagen sind wenig konkret und zeigen auch die Schwierigkeiten einer Langzeitplanung auf. Auch wenn die Komplexität der kommunalen Infrastrukturanlagen hoch ist, bestehen trotzdem die Möglichkeiten für eine Langzeitplanung. Der Handlungsbedarf ist erkannt worden mit den Projekten B.Move, Schulraum und Burgdorf 2035. Man ist bereits auf dem richtigen



Weg. Die Stadtentwicklung muss aber ganzheitlich erfolgen und darf sich nicht nur auf einzelne Bereiche beschränken. Zudem müssen die Kosten entwickelt werden, damit auch die Prioritäten gesetzt werden können und die Finanzierung sichergestellt werden kann. Die Stadt Bern hat mit der Stadtentwicklung 2016 ein gutes Beispiel erarbeitet, wo die Lösungsansätze in den verschiedenen Bereichen für die nächsten 15 Jahre aufgezeigt werden. Die BDP-Fraktion würde es begrüßen, wenn auch Burgdorf die einzelnen Projekte zu einer Gesamtplanung Stadtentwicklung zusammenführt.

### **Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

---

SRB: 2020-362 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

### **Verschiedenes und Unvorhergesehenes**

#### **Verhandlung**

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag BDP-Fraktion betreffend «Das Essen zum Kind und nicht umgekehrt»
- Auftrag Tabea Bossard-Jenni und Esther Liechi (EVP) betreffend Charta Sozialhilfe
- Dringliches Postulat GLP-Fraktion betreffend Jugendantrag Rollsportanlage Burgdorf (Das Stadtratsbüro lehnte die Dringlichkeit ab.)
- Dringliche Interpellation SP-Fraktion betreffend Verschlechterung der Chancengerechtigkeit in der Volksschule Burgdorf durch Covid-19 (Das Stadtratsbüro stimmte der Dringlichkeit zu.)
- Interpellation BDP-Fraktion betreffend neuer Signaletik in Burgdorf
- Interpellation Esther Liechi-Lanz und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend «Pflanzung hitzeresistenter Bäume auf Stadtgebiet»

Stadtrat Aebi Roger, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass Stadtrat Rössler Andreas heute seine letzte Sitzung absolviert. Er hat sein Amt im SR am 5. Mai 2013 angetreten. Von 2017 bis 2018 hat er den Vorsitz der Kommission Evaluation NPM geleitet und seit 2019 ist er Mitglied der Kommission Gehaltsentwicklung 2021-2024. Sieben Jahre hat er im SR die Entwicklung der Stadt Burgdorf mitbestimmt und so seinen Beitrag zum Wohl der Stadt Burgdorf und seinen Bürgern leisten können. Stadtrat Rössler Andreas geht der Stadt Burgdorf nicht verloren und wird weiterhin seine Fachkompetenz einbringen. Als Digital Officer wird er dafür sorgen, dass sich die Stadt Burgdorf bei der digitalen Transformation rasch weiterentwickeln kann. Zwei Arbeiten hat er bereits erhalten und zwar die E-Dienstleistungen und das elektronische Abstimmungssystem. Die BDP-Fraktion dankt ihm für sein persönliches und politisches Engagement und wünscht ihm weiterhin alles Gute sowie viel Befriedigung in seiner neuen Tätigkeit.

Stadtrat Rössler Andreas dankt für die netten Worte. Ein Dank geht auch an den SR für die spannende, lehrreiche Zusammenarbeit, die interessanten und zum Teil auch kontroverse Diskussionen. Eine kleine Analogie wird noch eingebracht. Im SR haben wir über Biodiversität gesprochen. Die Biodiversität ist auch im SR wichtig. Wenn man im SR eine Monokultur hätte, würden die ganzen Diskussionen fehlen. Stadtrat Rössler Andreas hat es genossen, dass man im SR eine Biodiversität pflegt und hofft, dass es auch so bleibt. Vor sieben Jahren hat er mit Freude im SR angefangen. Die Freude ist nicht verloren gegangen und die Freude nimmt er jetzt auf die andere Seite mit. Spätestens in einem Jahr wird er wieder im SR sein und Rechenschaft ablegen, was er bis zu diesem Zeitpunkt geleistet hat. Er hofft, dann mit guten Gewissen vor dem SR stehen zu können. Wie es der Brauch ist,


wird der SR noch zu einem Umtrunk eingeladen. Die letzte Chance dazu ist an der Infoveranstaltung vom 31. August 2020. Stadtrat Rössler Andreas wird an diesem Anlass den SR zu einem Umtrunk einladen. Man hofft, dass man zu diesem Zeitpunkt wieder im Kirchbühl tagen kann.

Stadtratspräsident von Arb Peter teilt mit, dass sich auch seine Runde erneut verschiebt und hofft, dass er dies bald nachholen kann. Der Vorsitzende dank dem SR für die effiziente Sitzung und wünscht einen schönen Abend, einen schönen Sommer und bleibt gesund.

---

Burgdorf, 25. August 2020

Namens des Stadtrates:

  
Peter von Arb  
Stadtratspräsident

  
Brigitte Henzi  
Protokollführerin